Großdeutsche Forderungen
Schriftenreihe zur Frage der nationalen Ansprüche des deutschen Volkes

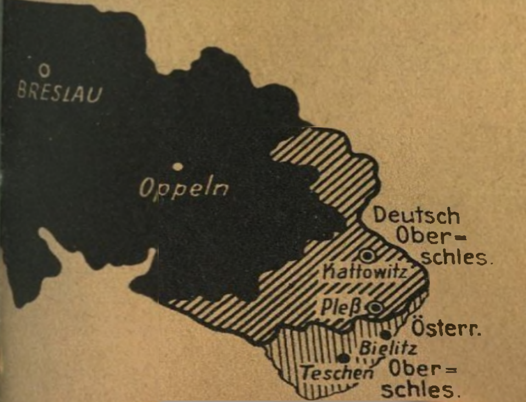
„Was verloren ist,
darf nicht verloren bleiben!"

HEFT 4

Oberschlesien

von

Dr. Johann v. Leers



Großdeutsche Forderungen / Heft 4: Oberschlesien

Großdeutsche Forderungen

Schriftenreihe
zur Frage der nationalen Ansprüche
des deutschen Volkes



Verlag Frz. Eher Nachf., G.m.b.H., München 2 NO

„Was verloren ist,
darf nicht verloren bleiben!"

HEFT 4

Oberschlesien

von

Dr. Johann v. Leers



Verlag Frz. Eher Nachf., G. m. b. H., München 2 NO

Druck: Münchner Buchgewerbehaus M. Müller & Sohn, München

Vorwort

Von den wirren und blutigen Tagen der Kämpfe um den Annaberg, um Zembowitz und Guradze, um Kattowitz und Gogolin her verbindet sich mit dem Wort „Oberschlesien" — „O.S." — für die deutsche Jugend ein Stück Mythos vom letzten, tapfersten Widerstand gegen die polnische Habgier.

O.S. ist aber mehr — es ist ein lebendes Denkmal, ein ganzes, großes Land, das täglich und stündlich daran gemahnt, wie man dem deutschen Volke aus Haß und Niedertracht nicht einmal jene armseligen Zusagen und Rechte gehalten hat, die ihm selbst noch der Versailler Diktatfriede zugesichert hatte.

O.S. — das ist zugleich verlorener, abgerissener, in Fetzen geschlagener Arbeitsplatz für Millionen, das sind stillgelegte Hütten, ersoffene Gruben, zerstörte Bahnen, zerrissene Städte und Gemeinden — das ist eine Hölle des Wahnsinns geworden, in der neupolnischer Frühkapitalismus und französischer Imperialismus einen Hexensabbat des Hasses auf den Trümmern ausführen.

O.S. — das ist aber zugleich eine sehr ernste Mahnung an das deutsche Volk. Die polnische Bewegung in Oberschlesien ist so jung, daß man ihre Entstehung und ihr Wachstum wohl übersehen kann — an ihrer Wiege standen alle bösen Geister der letzten Vergangenheit der liberalen Epoche Pate: der liberale Kapitalismus und die bürokratische Unfähigkeit, die Arbeiterfrage zu lösen, die ahnungslose Polenschwärmerei und Liebedienerei gegenüber dem rohen und habgierigen Polentum.

O.S. — wir vergessen dich nicht, dich Land der tausend deutschen Wunden, Land unter dem Kreuz und unter dem Knüppel!

Wir formulieren heute die Rechtsansprüche des Deutschtums auf den abgerissenen Teil Oberschlesiens — einmal werden wir ihre Durchsetzung zu erkämpfen haben.

Wir wollen aber auch gerade jetzt einmal, um aus der Vergangenheit zu lernen, ehrlich die Fehler bekennen, die gemacht worden sind, und die uns unser schönes Land gekostet haben.

Ist Memelland uns entrissen worden, ohne daß deutsche Fehler dies beförderten, haben wir uns im Korridor lediglich eine allzu große Weichheit und sträfliche Duldung der großpolnischen Agitation unter dem kaschubischen und dem national noch ungefestigten Teil der Bevölkerung vorzuwerfen, die Polen unverdiente Erfolgsmöglichkeiten auf uraltem Germanenboden bot, so ist in Oberschlesien Verrat, gemeiner, teuflischer, schwarzer Verrat geübt worden, und es ist nötig, heute, wo die Judasse wieder einmal die Maske des Deutschtums angelegt haben, deutlich zu betonen, daß eine Rückgewinnung Oberschlesiens in vollem Umfange nur möglich ist bei gleichzeitiger Ausschaltung der Verräter und Polenknechte im eigenen deutschen Lager.

Wir werden neben den deutschen Rechten auf Oberschlesien zugleich in diesem Heft die sachlich hinzugehörige Frage des Hultschiner Ländchens und des deutschen Österreichisch-Schlesiens jenseits der Reichsgrenzen zu behandeln haben.

Insonderheit aber wird am Beispiel von O.S. darzustellen sein, wie sehr gerade der tüchtige deutsche Arbeiter, gerade das deutsche Arbeitertum dort Opfer der nationalen Niederlage wurde.

O.S. — was wir verloren haben, darf nicht verloren bleiben!

Dr. v. Leers.

Kap. 1.

Was ist Oberschlesien?

Das Deutschland abgerissene Gebiet Oberschlesien umfaßt:

a) die durch die Note des Botschafterrats vom 20. Oktober 1921 von der preußischen Provinz Schlesien abgetretenen Teile:

1. vom Kreise Lublinitz und Tost-Gleiwitz . . . 724 qkm
2. vom Industriebezirk . . . . 575 qkm
3. vom Kreise Pleß, Rybnik und Ratibor . . . 1914 qkm

b) die an die Tschechoslowakei durch Besetzung am 4. Februar 1920 gefallenen Teile, das Hultschiner Ländchen . 316 qkm

Zusammen beträgt das Gebiet 3589 qkm.

Die abgetretene Bevölkerung beträgt:

a) an Polen

1. vom Kreise Lublinitz und Tost-Gleiwitz	38 545	Einwohner
2. vom Industriegebiet	590 870	„
3. vom Kreise Pleß, Rybnik und Ratibor	263 132	„
	892 547	Einwohner.

b) an die Tschechoslowakei

Hultschiner Ländchen . . . . 48 446 Einwohner.

Zusammen beträgt die abgerissene Bevölkerung 940 993 Einwohner, d. h., da Oberschlesien vor dem Kriege auf Grund der Volkszählung vom 1. Dezember 1910 2 207 981 Einwohner umfaßte, sind ihm 42,6 Prozent seiner Einwohnerzahl und 30 Prozent seines Gebietes entrissen worden.

Von dem abgetretenen Gebiet entfallen nach seiner landwirtschaftlichen Benutzung auf

Ackerland und Gärten	. . . . . .	179 911 Hektar
Wiesen	. . . .	27 572 Hektar
Weiden	. . . .	7 780 Hektar
Forsten	. . . .	115 850 Hektar
sonstige Fläche	. . . .	21 818 Hektar

Es wäre verkehrt, bei der Betrachtung des ostoberschlesischen Problems sich nun lediglich starr an die alten Reichsgrenzen zu halten, man wird vielmehr zu berücksichtigen haben, daß lediglich durch geschichtliche Zufälle das alte Österreichisch-Schlesien, die Grafschaft Jägerndorf, die Stadt Teschen und die noch heute stark deutsche Stadt Bielitz, durch ihre Zugehörigkeit zur österreichisch-ungarischen Monarchie nicht zum großen Block des Deutschtums im Deutschen Reich gehört haben, daß aber ihre Bevölkerung gleichfalls deutsch ist, und wird deshalb von vorneherein dieses Gebiet mit zu berücksichtigen haben.

Wir gehen hier ja grundsätzlich von den großdeutschen Ansprüchen aus, diese aber gründen sich nicht auf die bloße Tatsache einer früheren Zugehörigkeit des betreffenden Gebietes zum Deutschen Reiche, sondern auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker und auf das Recht des deutschen Volkes auf Rückgabe der durch seine Arbeit erschlossenen Gebiete. Hierbei aber macht es keinen Unterschied, ob das in Frage kommende Gebiet, wie das abgerissene Oberschlesien, in den letzten Jahren zum Deutschen Reich gehört hat, oder ob es zur österreichisch-ungarischen Monarchie gehört hat. Wir werden darum grundsätzlich das Problem der volksdeutschen Ansprüche auf Österreichisch-Schlesien mit zu behandeln haben.

Damit kämen folgende Gebiete mit in den Rahmen unserer Betrachtungen hinein:

a) der östliche Teil von Österreichisch-Schlesien mit der halben Stadt Teschen und der Stadt Bielitz, vereinigt mit dem vom Deutschen Reich abgerissenen Ostoberschlesien zur autonomen polnischen Wojewodschaft Gorny Slask (spr. Slonsk),

b) der tschechisch gewordene Teil von Österreichisch-Schlesien.

Kap. 2

Geschichtliches Recht des Deutschtums auf Ostoberschlesien

Wer saß zuerst in Oberschlesien? Welches Volk hat das ältere Recht auf dieses Gebiet?

„Die Kenntnis von der Vorgeschichte Oberschlesiens war bis vor kurzer Zeit sehr gering — gemessen an dem, was man von dem übrigen Schlesien wußte. Jedoch nur, weil in Oberschlesien planmäßige Forschung in größerem Umfange erst nach der Gründung einer oberschlesischen Provinzialdenkmalspflege für Bodenaltertümer eingesetzt hat. Zahlreiche Fundstellen waren früher nur in dem Ackerbau leicht ermöglichenden Lößgebiet links der Oder, namentlich in den Kreisen Leobschütz und Ratibor bekannt. Das Lößgebiet war von jeher waldfrei. Auch in dem heutigen Waldgebiet rechts der Oder hat sich neuerdings starke vorgeschichtliche Besiedlung aus fast allen Zeitstufen nachweisen lassen."

(Taschenbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums, Oberschlesien S. 5.)

Wem die Funde der sogenannten „Lausitzer Kultur" angehören, die auch hier als erster einigermaßen zu bestimmender Kulturkreis auftauchen, ist heute noch strittig. Professor Kossinna hält die Kultur für illyrisch, d. h. dem später auf dem Balkan ansässigen thrako-illyrischen Stamm gehörig, Professor Schuchardt sieht in ihnen bereits das Werk der germanischen Sueben — jedenfalls ist es die Hinterlassenschaft von Menschen der nordindogermanischen Völkergruppe. Gänzlich widersinnig ist die von der polnischen Wissenschaft (Professor Kostrzewski u. a.) neuerdings ausgegrabene Theorie, es habe sich hier um „Urslawen" gehandelt, die durch die späteren Germanen lediglich überdeckt worden seien. Mit Recht hat Dr. Frhr. von Richthofen, der Schüler des „Altmeisters der deutschen Vorgeschichte", Professor Kossinna, diese Theorie entschlossen abgelehnt. Zwischen jener „Lausitzer Kultur" und den späteren slawischen Funden besteht nicht die geringste Verwandtschaft.

Sicher aber wissen wir, daß in der Zeit des 6. Jahrhunderts v. Chr. Oberschlesien restlos germanisch war. Andere Funde neben den germanischen Funden kommen nicht vor. Bis in das 4. Jahrhundert n. Chr. finden sich hier reichhaltige germanische Funde, und zwar handelt es sich um das große germanische Volk der Vandalen, das hier in Oberschlesien siedelte. Dieses große germanische Volk ostgermanischer Herkunft, nahe Verwandte der Goten, mit denen sie trotzdem manchen Kampf ausgekämpft haben, ist in die Völkerwanderung mit hineingerissen worden. Es verließ, gedrängt von Hunnen und Goten, seine schlesischen Berge und wanderte auf langen Fahrten durch das versinkende Römische Reich, bis es sich in Nordafrika, auf der Stelle des alten Karthagos, ein neues, kurzlebiges Reich gründete. Von den Byzantinern überwunden und fast vernichtet, ist dieses große germanische Volk dann in Afrikas Erde versickert. Sein letzter König Gelimer soll den siegreichen byzantinischen Feldherrn um eine Harfe und einen Schwamm in seiner Gefangenschaft gebeten haben, um seine Tränen zu trocknen und den Untergang seines Volkes zu besingen.

Die im Lande gebliebenen Vandalen in Oberschlesien waren zahlenmäßig nicht mehr stark genug, um der stillen Unterwanderung durch einrückende Slawen Widerstand zu leisten. Die herrlichen Funde aus der germanischen Bronzezeit verschwinden; in den Jahrhunderten nach der Völkerwanderung wird der Boden fast stumm. Die langsam sich in das Land einschiebenden Slawen brachten keine Kultur mit sich. Kampflos, lautlos, spurlos kam die slawische Flut. Wirklich slawische Bodenfunde in größerem Maße treten erst im 9. Jahrhundert n. Chr. auf. Die Slawen wohnten in Holzhäuschen, benutzten noch den Holzpflug, während die Germanen schon den Eisenpflug kannten — was sollte viel von ihrer Kultur bleiben und Zeugnis geben?

Außerdem wird es heute immer zweifelhafter, ob diese schlesischen und oberschlesischen Slawen überhaupt Polen waren. Auf alten Karten führt das Land den Namen „Chrobatia" und wird immer als etwas vom eigentlichen Polen durchaus Verschiedenes verstanden. Nicht mit Unrecht wollen darum viele Forscher in den heutigen oberschlesischen „Wasserpolen", deren Sprache nicht ein

zurückgebliebenes Polnisch ist, sondern ein slawischer Dialekt, der ursprünglich selbständig, dann viel polnische und deutsche Wendungen aufgenommen hat, gar keine richtigen Polen ihrer Abstammung nach, sondern einen Zweig der heutigen Kroaten sehen, die vom Hauptteil ihres Volkes abgesplittert sind, genau so, wie die wendischen Serben in der Lausitz den heutigen Serben näherstehen als den benachbarten Tschechen. Beide Völker scheinen durch den Einbruch der Awaren, gegen die Karl d. Gr. jahrelange Kriege führte, erst um 800 n. Chr. abgedrängt zu sein. So würde sich sowohl das späte Auftauchen dieser Slawen in Oberschlesien zwischen 800 und 900 n. Chr. wie auch der Name „Chrobatia" und ihre Sonderstellung gegenüber dem eigentlichen Polentum zwanglos erklären.

Die Könige der polnischen Frühzeit haben in diesen Gegenden auch stets nur eine sehr äußerliche Herrschaft ausgeübt, Oberschlesien ist unter seinen Herzögen stets weitgehend selbständig geblieben. 1163 ist Oberschlesien bereits wieder gänzlich aus dem losen Zusammenhange mit dem polnischen Staat ausgeschieden, und als noch einmal 1335 Kasimir d. Gr. von Polen im Vertrage von Trentschin auf alle Rechte an Schlesien verzichtete, bestätigte er damit nur, was bereits zwei Jahrhunderte vorher Tatsache geworden war — die Loslösung Oberschlesiens aus dem kurzen Zusammenhang mit dem polnischen Reiche.

Seit jener Zeit, d. h. seit dem 12. Jahrhundert, hat die oberschlesische Bevölkerung keine Zugehörigkeit zu Polen mehr gehabt — sie hat die ganze polnische Geschichte, ihren Aufstieg, ihre Höhepunkte und ihren häßlichen und jämmerlichen Verfall im 17. und 18. Jahrhundert überhaupt nicht miterlebt. Hochpolnisch war ihr eine fremde Sprache geblieben.

Beeinflußt worden ist die Bevölkerung dagegen durch die einsetzende deutsche Rückwanderung unter den Piastenherzögen. Diese Besiedlung kam friedlich und gerufen von den Herzögen. Sie folgte links der Oder dem guten Lößboden, dessen Anbaufähigkeit wir ja schon aus der Geschichte der vorgeschichtlichen Besiedlung Oberschlesiens kennen, ging dann bei Ratibor über die Oder, erfüllte die Kreise Pleß und den Süden des Kreises Rybnik. Rechts

der Oder ging sie in die Kreise Rosenberg und Kreuzburg. Das alte Bischofsland Neisse wurde wieder völlig eingedeutscht. Da in Oberschlesien wegen der Gewaltlosigkeit der deutschen Besiedlung der deutsche Ritter zurücktrat, gewann die geistliche Führung, unterstützt durch eine auffällig stark religiöse Veranlagung der Bevölkerung, überwiegende Bedeutung. Die Klöster, wie Rauden und Cernowanz, waren die Mittelpunkte einer stark religiös fundierten Kultur deutscher Grundlage und Form.

Immer wieder gefährdet durch gelegentliche Tatareneinbrüche aus Polen, zum Teil verwüstet durch den großen Feldzug des Mongolen Batu, blieb Oberschlesien Vorposten der deutschen Kultur nach Südosten und setzte sich immer energischer vom Polentum ab.

Der Dreißigjährige Krieg schlug dem Lande schwere Wunden, hervorgerufen durch Brandschatzungen der hin- und herziehenden Heere. Eine Zeitlang regierte bereits eine Hohenzollernlinie im Lande, abstammend von Markgraf Georg dem Frommen von Brandenburg, der 1382 Herzog von Oppeln geworden war.

Auf Grund dieser Verwandtschaft beanspruchte Friedrich d. Gr. das Land und erlangte es unumstritten mit der Beendigung des Siebenjährigen Krieges.

Stellte die Besiedlungszeit Oberschlesiens durch die germanischen Vandalen die erste Kulturblüte des Landes dar, die Wiederbesiedlung im Mittelalter durch das Deutschtum die zweite, so begann mit dem „Alten Fritz" die dritte Periode des Aufstieges Oberschlesiens, die erst mit dem Raube des östlichen Teiles durch Polen jäh unterbrochen worden ist.

Friedrich d. Gr. begann sogleich eine neue Siedlung im Lande. Im Waldgebiet um Oppeln legte er 22 Dörfer an, daneben noch drei Dörfer hussitischer Flüchtlinge und 8 Dörfer mit oberschlesischer Mundart. (Es ist übrigens bemerkenswert, daß von den 22 deutschen Dörfern 7 ihre deutsche Muttersprache durch die stille Polonisierungsarbeit der Geistlichkeit heute verloren haben!) Besonders die Entwicklung des Bergbaues ließ sich der große König angelegen sein.

Die Zustände, die er vorfand, waren recht ungünstig; die österreichische Herrschaft des Erzhauses Habsburg hatte gerade Oberschlesien stark vernachlässigt. Einer der besten Kenner jener Periode, Professor Laubert („Deutsch oder slawisch?" Kämpfe und Leiden des Ostdeutschtums, 1928), stellt die Lage folgendermaßen dar:

„Die Schlacht am Weißen Berge hatte Böhmen dem Hause Habsburg unterworfen und zugleich auch Schlesien in dessen Hand gebracht. Erbarmungslos setzte nun die Zwangsbekehrung der Ketzer mit den Liechtensteinschen Dragonern ein. Nach dem Aussterben der Piasten wurde das jesuitische Schreckensregiment auch auf Liegnitz, Brieg und Wohlau ausgedehnt, ungehindert durch die überall eintretende Verödung (zahlreiche Auswanderung nach der Lausitz und Polen; allein aus dem kleinen Guhrau von 4000 Menschen!). Alle Kirchen und Schulen wurden den Neugläubigen entrissen, ihre Pfarrer und Lehrer verjagt. Erst 1706 erfolgte durch das Eingreifen Karls XII. von Schweden eine Besserung. Trotzdem herrschte bis zum Ende der österreichischen Epoche engherzige Bedrückung. Diese Wendung traf vorwiegend das Deutschtum und war besonders verhängnisvoll für Oberschlesien. (Erlöschen der Montan-Industrie durch Abzug der evangelischen Bergknappen und oft der letzten deutschen Bürger.)

Man mag diese Politik im Rahmen ihrer Zeit entschuldbar, vom kirchlichen und dynastischen Standpunkt aus erklärlich finden und zugeben, daß sie damals noch keine direkte nationale Gefahr bedeutete, aber später hat sie sich auf verderblichste Weise ausgewirkt. Erst durch ihre Wiederkatholisierung wurden in der oberschlesischen Bevölkerung die innere Voraussetzung und jene Anpassungsfähigkeit an das Polentum geschaffen, die ihre teilweise Parteinahme für dieses in der Gegenwart ermöglicht haben, wogegen die fremdsprachlichen Elemente evangelischen Bekenntnisses in ganz Preußen zum mindesten ihrer Gesinnung nach völlig eingedeutscht wurden.

Erschwerend kam das Einströmen landfremden Adels hinzu. Schlesien als Außengebiet wurde vom Kaiser als Versorgungsobjekt verdienter Offiziere und Staatsmänner (Wallenstein, Hatz-

feld, Lichnowsky, Freiherr von Waffenberge) und unbequemer Elemente (Bethlen Gabor, die Zápolyas) benutzt. Auf diese Weise entstand ein mit der Provinz nicht verwachsenes internationales Magnatentum — 1742 waren 223 oberschlesische Güter in der Hand österreichischer Untertanen —, das ohne patriarchalische Beziehungen zum Volk alle sozialen Pflichten vernachlässigte und seine Besitzungen gewissenlosen Pächtern anvertraute. Dadurch wurde der wirtschaftliche Rückgang und die schwierige soziale Stellung des Oberschlesiers noch verschärft, was sich ebenfalls bis zur Gegenwart fühlbar macht."

Wenn auch der „Alte Fritz", in dessen Lande „jedermann nach seiner Fasson selig werden konnte", die Religionsverfolgung sofort beseitigte, andererseits schonsam sich hütete, dem katholischen Teil zu nahe zu treten (praktisch hielt er die Kleriker aller Konfessionen für Schaumschläger, wenn er auch ihren Einfluß beim Volke zum Besten des Staates einzusetzen klug genug war) — die Magnatenwirtschaft und die nun einmal durch die „Ketzerverfolgung" vollzogene Vertreibung eines erheblichen Teils des Deutschtums aus Oberschlesien hat er nicht mehr ganz rückgängig machen können. In dieser Beziehung trägt noch heute das deutsche Volk eine Last, die ihm der kurzsichtige Habsburger Klerikalismus und seine Hausmachtpolitik aufgebürdet hat, die niemand sachlicher und schärfer aus eigener Kenntnis ihrer volkstumfeindlichen Wirkung dargestellt hat als Adolf Hitler in den ersten Kapiteln von „Mein Kampf". Vor allem das Bestehenbleiben der Magnatenwirtschaft mit ihren sozialen Ungerechtigkeiten hat in Oberschlesien schwer geschadet. Friedrich d. Gr. allerdings tat alles, was in seiner Macht stand, um diesen zurückgebliebensten Teil Schlesiens zu erschließen. Bis 1786 wurden 16 neue Domänendörfer gegründet. Leider wurde — entgegen dem Wunsche des Königs — durch den hochadelsfreundlichen Provinzialminister Graf Hoym vielfach zu klein gesiedelt, so daß der Typ des Robotgärtners und Häuslers entstand, der neben seinem kleinen Besitztum auf Arbeit um jeden Preis auf den Herrengütern angewiesen war. Das verschärfte die soziale Spannung schon damals. Über 25 000 neue Kleinstellen wurden eingerichtet, und von 1742 bis 1806 erreichte man beinahe eine Verdoppelung

der Bevölkerung. Irgendein „polnisches Nationalgefühl" gab es auch damals nicht. Weder am letzten polnischen Aufstand vor der dritten Teilung (1795) noch am Abfall der Polen nach der Schlacht bei Jena (1806) nahm Oberschlesien teil. Die Bevölkerung, besonders der Bergbaugebiete, denen der „Alte Fritz" Arbeit und Brot gegeben hatte, empfand gut preußisch, die kleine Festung Kosel wehrte sich bis zum Frieden tapfer gegen die Truppen Napoleons. Die oberschlesische Bevölkerung hat auch im Befreiungskriege durchaus ihre Schuldigkeit getan.

Man darf also über diesen ersten Teil der preußischen Epoche von Friedrich dem Großen bis zu den Befreiungskriegen zusammenfassend sagen, daß er unter Beseitigung der österreichischen Unordnung und Ketzerriecherei, unter Wiederbelebung des schon erstorbenen Bergbaues und Wiederbesiedlung des Landes dem oberschlesischen Volkstum ein festes preußisches Staatsgefühl gegeben hat. Hätte man damals stärker mit dem kleinen Manne gegen die Latifundienbesitzer gearbeitet, das auch menschlich unerfreuliche Magnatenzeug aus dem Lande hinausgewiesen und die werdenden sozialen Schäden früher erkannt, wäre viel soziale Spannung von heute, die Polen einen bequemen Ansatzpunkt gab, vermieden worden. Hier steht nach dem Fehler der klerikalen österreichischen Politik ein Fehler allzu starker, innerlich unpreußischer Rücksichtnahme auf hocharistokratische Interessen.

Nach dem Befreiungskriege setzte sich der Verdeutschungsprozeß fort. Die polnische Sprache und der oberschlesische Dialekt waren sich so fern, daß die oberschlesischen Prozessionen, die nach Krakau und Czenstochau gingen, dort gar nicht verstanden wurden. Noch in den 60er Jahren wurde ein berühmter polnischer Prediger Antoniewicz, der die oberschlesischen Pilger mit „Polen" angeredet hatte, von diesen gebeten, dies zu unterlassen, da sie keine Polen seien und sein wollten. Auch die Geistlichkeit war damals treu preußisch gesinnt. An den polnischen Aufständen 1830/31 und 1863 in Russisch-Polen, an dem Aufstand der Posener Polen 1848 nahm kein Oberschlesier teil. Mit Recht erkannte das Volk aus der Kenntnis seiner eigenen Magnaten, vor denen ihm immerhin die preußische Verwaltung Schutz und Sicherheit zu bieten sich be-

mühte, die soziale Gefahr der Hochadelswirtschaft. Regierungspräsident von Hippel berichtete 1846: „Die hiesige Einwohnerschaft ist jeder Sympathie mit dem Polenwesen so völlig fremd, daß ich eine Vereinigung beider Elemente nicht für möglich halte." Alle emporstrebenden Elemente gingen einfach widerstandslos und gern in der überlegenen deutschen Kultur auf. Nach dem polnischen Schriftsteller Koneczny waren „1840 die Städte schon sehr eingedeutscht, und das Landvolk hatte sich daran gewöhnt, im deutschen Wesen eine Erscheinung höherer Kultur zu sehen."

Auch 1848 blieb Oberschlesien treu preußisch, jedoch tauchten die ersten polnischen Versuche auf. Der Beuthener Propst Schaffranek verlangte plötzlich in seiner Zeitung „Dziennik Gornoslaski" (Oberschlesisches Tageblatt) durch den eingewanderten polnischen Redakteur Lepkowski die Übersetzung der Landtagsverhandlungen ins Polnische — mußte sich aber von einem Posener Abgeordneten sagen lassen, er solle sie lieber ins Oberschlesische übersetzen lassen.

Alle diese Versuche gingen sehr rasch wieder ein. Die eigentliche Unterwühlung Oberschlesiens ging vielmehr von einem der bösartigsten Schädlinge aus, die das Deutschtum im Osten und das gesamte oberschlesische Volk überhaupt erlebt hat. Unter der Benutzung der liberalen Theorie von den „Menschenrechten" machte der fanatisch großpolnische Schulrat Bernhard Bogedain, den eine ahnungslose, liberalistisch verseuchte Regierung 1848 von Posen nach Oppeln versetzte, ein konfessioneller Hetzer, bösartiger Ignorant und wütender Deutschenfeind, den Versuch, von der Schule her, mitten unter der preußischen Regierung, Oberschlesien zu verpolen. Er hatte schon als Direktor des Lehrerseminars in Paradies in Posen den Schülern den Gebrauch deutscher Worte bei strengen Strafen verboten und sich als Deutschenfeind herausgestellt — trotzdem lieferte man ihm das oberschlesische Schulwesen aus. Man darf dabei bemerken, daß gerade ein Teil der oberschlesischen katholischen Geistlichkeit damals diese unselige Tätigkeit, die in direktem Wege zur Aufspaltung Oberschlesiens und zur jetzigen Teilung geführt hat, auf das ernsteste verurteilt hat (Pfarrer Rassek, Pfarrer Dr. Nieborowski), wie man überhaupt im übrigen Deutschland aus dem schändlichen Verhalten eines großen

Teiles des oberschlesischen katholischen Klerus nicht schließen darf, daß dieser nun etwa auch nur überwiegend polnisch und landesverräterisch eingestellt sei. Es hat immer unter ihm treu zu Deutschland stehende Männer gegeben — wenn sie auch zeitweilig stark in den Hintergrund gedrängt waren.

Über Bogedains Schulpolitik, die uns Oberschlesien praktisch gekostet hat, urteilt Dr. Käthe Schirmacher („Unsere Ostmark"):

„Die katholische Abteilung im preußischen Kultusministerium war die Verbündete aller Verslawungsbestrebungen, die von ihr betriebene Schulpolitik bedeutete ‚die polnische Unterwühlung der Fundamente des preußischen Staates . . .' Nun haben die oberschlesischen Wasserpolen seit 1163 nicht mehr zu Polen gehört, hatten polnische Geschichte nicht miterlebt und keinerlei nationalpolnische oder hochpolnische Überlieferungen oder Beziehungen: Hochpolnisch war für sie eine fremde Sprache, der Panslawismus war ihnen fremd, waren sie doch gut preußisch . . . Ihre Kultur war nur gering. Die Aufgabe bestand selbstverständlich in der Zufuhr deutscher Kultur. Schulrat Bogedain jedoch, den der Wasserpole dauerte, fand, zur kulturellen Hebung der Bevölkerung sei Einführung der hochpolnischen Lehrsprache in den Volksschulen des ganzen Regierungsbezirkes Oppeln nötig. So schuf er die Brücke der Verständigung zwischen Posener Polenhetzern und preußentreuen Wasserpolen Oberschlesiens. Statt Oberschlesien durch die Schule einzudeutschen, hat die Schule es verpolt. Nach Abschaffung der deutschen Lehrsprache (1848, unter preußischer Herrschaft! Das bekommt der Liberalismus und der schwarze Landesverrat fertig!) ergab sich nun: keiner der Lehrer in den 730 Schulen mit deutscher und 70 Schulen mit wasserpolnischer Lehrsprache des gesamten Regierungsbezirkes Oppeln konnte Hochpolnisch lehren. Deshalb wurde das neugegründete Lehrerseminar in Peiskretscham mit Polen aus Posen besetzt und hochpolnischer Pflichtunterricht auch an anderen Lehrerseminaren eingeführt. Als eine Generation in dieser Sprache aufgewachsen war, 1860, gingen die Posener daran, den Wasserpolen zu erklären, daß sie ‚ihre jüngsten Brüder' seien, und langsam, vorsichtig, durch Schule, Flugblatt, Zeitung, Buch, drang die ‚neue Sprache', der ‚neue

Geist' in Oberschlesien vor: die preußentreue Geistlichkeit wurde gewonnen, eine polnische Presse gegründet, polnische Volksbüchereien gestiftet und Oberschlesien von Posen aus bewühlt, geleitet und beaufsichtigt." Auch die polnische Literatur (Schramek, Koneczny, Szmanda) bestätigt, daß vor dieser geradezu teuflischen Bogedainschen Schulreform eine polnische Bewegung in Oberschlesien überhaupt nicht bestand. Die polnische Frage ist hier rein künstlich hervorgerufen worden. Kardinal-Erzbischof v. Stablewski in Posen erklärte noch 1892 polnischerseits offen: „In Schlesien fehlt es dem Volke an jeder geschichtlichen Überlieferung ... Wir sind auch völlig dagegen, daß aus unserer Mitte eine politische Agitation um Schlesien in irgendeiner Form hervorgehe."

Trotzdem strömten nun bereits hochpolnische Akademiker, Stipendiaten des großpolnischen Marcinkowski-Vereins, nach Oberschlesien hinein — die Sünde des Liberalismus, die Schulverpolung Oberschlesiens durch Bogedain und seine schwarzen Helfer, wurde der schlimmste Fehler, der in Oberschlesien begangen ist. Wie später, stand auch hier bürgerlicher polenbegeisterter Liberalismus und klerikale Herrschsucht zusammen gegen die Lebensinteressen des deutschen Volkes. Eine viel zu große, sachlich gänzlich unbegründete deutsche „Objektivität" hat in Oberschlesien, dessen Bevölkerung vom Polentum gar nichts wissen wollte, erst eine polnische Frage entstehen lassen. Mit Recht schrieb 1850 noch Landrat Solger von der oberschlesischen Bevölkerung: „Sie halten sich selbst für Deutsche oder besser für Preußen und sehen ihre ‚Stammesgenossen' jenseits der Grenze für eine fremde Nation an." Mit Recht — denn die oberschlesische Bevölkerung hatte gar kein polnisches Nationalbewußtsein.

Hier erlebte sie preußische Ordnung, Sauberkeit und Ehrlichkeit — dort, jenseits der Grenze, in Russisch-Polen, begann mit dem fußtiefen Schmutz der ungebesserten Wege zugleich die moralische Minderwertigkeit. Mit Recht schrieb Heinrich von Treitschke 1872: „Es ist wie ein Theatereffekt! Dicht hinter dem preußischen Wachtposten, der die Brücke von Myslowitz behütet, beginnt eine andere Welt!"

Der seit Mitte des vorigen Jahrhunderts einsetzende industrielle

Aufschwung des oberschlesischen Industriegebietes ist eine Folgeerscheinung des deutschen Aufstieges, des sich in Deutschland für die Erzeugnisse des oberschlesischen Bergbaus und der oberschlesischen Hütten bietenden Marktes. Darum liegen auch die Aufschwungsperioden Oberschlesiens in den Jahren 1872/75, 1900/01, 1906/07 und 1911/14. Der Aufstieg Oberschlesiens ist aufs engste verbunden mit dem Aufstieg Deutschlands — genau so, wie jetzt der Loslösung eines Teils Oberschlesiens und der Schwächung Deutschlands der Verfall der gesamten oberschlesischen Landschaft gefolgt ist. Die Bevölkerung, die 1781 nur 9597 Einwohner im heutigen Industriegebiet (18 Menschen auf den Quadratkilometer) betragen hatte, war mit der reißenden Höherentwicklung des Bergbaus und der Hütteninindustrie bis zum Jahre 1910 auf 1¼ Millionen Einwohner (1980 Einwohner auf den Quadratkilometer) gestiegen.

Die Steigerung bot folgendes Bild:

1860: 81 Steinkohlengruben mit 10 000 Mann Belegschaft und 6 Millionen Tonnen Förderung;

1913: 67 Gruben mit 123 000 Mann Belegschaft und 45 Millionen Tonnen Förderung.

Das oberschlesische Volk verdiente an Arbeitslöhnen ohne jede Arbeitslosigkeit unter der deutschen Verwaltung 1912 insgesamt: 223 Millionen Mark. Zuerst war dieser Aufstieg für die deutsche Gesinnung des Landes nur günstig. „Die aufblühende Wirtschaft gab den Landeskindern Oberschlesiens eine Fülle von neuen sozialen Aufstiegmöglichkeiten. Sozialer Aufstieg bedeutet Eintritt in eine deutsche Sphäre und Eindeutschung, oft schon direkt, sonst aber doch fast sicher in der nächsten Generation." (Taschenbuch d. Grenz- und Auslandsdeutschtums, Heft 19). Andererseits tritt nunmehr die moderne Arbeiterfrage in ihrem ganzen Ernst in Oberschlesien auf den Plan, wo durch das Bestehenlassen des alten Latifundienbesitzes an sich eine soziale Spannung bestehen geblieben war. „Etwa an der Schwelle des neuen Jahrhunderts tritt eine in der bis dahin ziemlich ununterbrochenen Aufwärtsbewegung fühlbare Stockung ein, und der relative Aufschwung der oberschlesischen

Wirtschaft beginnt erheblich hinter dem übrigen deutschen Industriegebiet zurückzubleiben. Das Bewußtwerden der engen Grenzen bzw. der Unmöglichkeit der weiteren sozialen Aufstiegmöglichkeiten führte dann zur Herausbildung eines richtigen ‚Proletariats'. Da die Produktionsmittel und die Unternehmer in Oberschlesien vor dem Kriege durchaus deutsch sind, wurde die soziale Opposition der Masse der ungelernten ‚wasserpolnischen' Arbeiterschaft gegen sie bald auch antideutsch — und das war ihnen soviel wie antikapitalistisch. So verbanden und verstärkten sich in verschiedenen Wechselwirkungen die alten Gegensätzlichkeiten der wasserpolnischen bäuerlichen ‚Waldmenschen' gegen die deutschen Städter und Großgrundbesitzer mit den neuen der aus deren Blute erwachsenen Proletarier." (Taschenbuch a. a. O.)

Ohne die unselige Bogedainsche Schulreform wäre die oberschlesische Arbeiterfrage, die Auseinandersetzung zwischen „Proletariat" und „Unternehmer", lediglich ein Stück dieses ganz Deutschland jahrzehntelang beschäftigenden, erst durch einen volkhaften Sozialismus zu beendigenden Kampfes gewesen.

Durch die Bogedainsche „Schulreform" wurde die Gefahr für das Deutschtum brennend, da die oberschlesische Bevölkerung sich nun z. T. als „unterdrückte Polen" zu empfinden lernte und weitgehend die Haßideologie des Posener Polentums, unendlich vergröbert, übernahm. Damit verband sich in den Teilen der Bevölkerung, die diesen Einflüssen zugänglich waren — der größte Teil ist stets treu deutsch gewesen — ein nationales Element mit dem sozialen Element.

Doppelt gefährlich wurde die Lage schon vor dem Kriege durch das Verhalten eines großen Teils der katholischen Geistlichkeit Oberschlesiens. Teils aus Verärgerung durch den Kulturkampf, dessen Nachwirkungen sie nicht vergessen hatte, teils bereits polnisch gesinnt, zum Teil aber aus unbegreiflicher Nichtachtung der deutschen Interessen, schürte diese Geistlichkeit einen schwelenden, bösartigen, immer wieder hervorbrechenden Haß gegen den nichtkatholischen Deutschen, das „ketzerische Preußen". Dem einfachen Bergmann wurde klargemacht, daß er als „Pole" und „Katholik" unterdrückt werde, weil er Pole und Katholik sei. Gewissenlos

wurde immer wieder (ernste Geistliche, wie Dr. Nieborowski, haben vergebens sich diesem entgegengestemmt) der ganze dumpfe Haß der Kulturkampfperiode in die Massen getragen, eine in unserer Zeit geradezu albern anmutende konfessionelle Feindseligkeit geschürt und stärker und stärker damit die Saat Polens zum Sprießen gebracht. Die sozialen Verhältnisse, so sehr sie besserungsbedürftig waren, waren gewiß nicht schlechter als in protestantischen Arbeitergegenden auch, und hätte die Geistlichkeit mehr Eifer der Bekämpfung des Schnapsteufels in Oberschlesien als der konfessionellen Hetze gewidmet, wäre manches auch noch besser gewesen — aber stets wurde gerade von geistlicher Seite dem Volke, das in seiner schweren und langsamen Art diese Lehren aus geistlichem Munde nicht vergaß, klargemacht, daß es „als katholisches Volk" unterdrückt werde — es wurde eine ungerechtfertigte Überbewertung der zufälligen konfessionellen Zugehörigkeit gegenüber der Zugehörigkeit zur deutschen Nation, zur deutschen Kultur geschaffen, die dann einmal ausklingen sollte in das Wort des Prälaten Ulitzka, „Oberschlesien ist weder deutsch noch polnisch, sondern katholisch".

Trotzdem blieb die innere Treue des Volkstums zu Deutschland unerschüttert, und bei aller Schärfe der sozialen Kämpfe, die immer wieder den eigentlichen Untergrund und die wirkliche Triebkraft des ganzen an der Oberfläche spielenden polnischnationalen und konfessionellen Getriebes abgegeben haben, sind die Oberschlesier als brave Soldaten in den Weltkrieg gegangen und haben sich ausgezeichnet geschlagen. Genaue Kenner sind der übereinstimmenden Meinung, daß bei einem deutschen Siege die nationalpolnische Agitation völlig zusammengesunken und vor dem Bewußtsein, beigetragen zu haben zu einem gemeinsamen Erfolge, um so mehr, wenn einem Siege auch ein sozialer Aufstieg gefolgt wäre, restlos niedergebrochen wäre. Mit dem Novemberverbrechen brachen auch in Oberschlesien aus allen alten Unterlassungssünden, aus allen ungestraften Verbrechen der Polen und Polenknechte alle Mächte der Deutschfeindlichkeit und des Untermenschentums los.

Wir fassen zusammen:

Oberschlesien war früher germanisch als polnisch, die „wasser-

polnisch" sprechende Bevölkerung stellt gar keine echten Polen dar. Alle Städte der mittelalterlichen Kulturepoche sind von Deutschen gegründet, die Einführung des katholischen Glaubens nach Oberschlesien ist von Deutschland aus geschehen.

Stets dann, wenn es mit Deutschland in Verbindung stand, hat Oberschlesien geblüht. Im Mittelalter wie von 1742 bis 1920 liegen die Höhepunkte des Landes. Wenn es aus dem naturgegebenen und gottgewollten Zusammenhang mit Mittel- und Norddeutschland herausgerissen war — unter der Habsburger Herrschaft wie heute in Oberschlesien, ist ein rascher Verfall eingetreten.

Genau wie die mittelalterliche Kultur ist auch die Blüte der oberschlesischen Industrie in der Neuzeit eine Folge der Zugehörigkeit zu Deutschland. Mit Zerreißung dieser Zugehörigkeit ist sofort Verfall und Niedergang, Hunger und Verelendung eingezogen.

Das „Polentum" in Oberschlesien ist künstlich geschaffen durch eine liberalistische Schulreform und durch verantwortungslose Hetze von Landesverrätern und Reichsfeinden, denen das oberschlesische Volk all sein Unglück zu danken hat.

Das oberschlesische Kulturgebiet ist eine Einheit, die sowohl das vor dem Weltkriege deutsche Oberschlesien wie Österreichisch-Oberschlesien umfaßt. Beide Teile müssen wieder zum Reiche heimkehren.

Deutschland hat jahrhundertelang alles getan, um Oberschlesien zu nützen. Die Fehler, die begangen worden sind, sind begangen aus viel zu großer deutscher Objektivität. Aus „Objektivität" wurde der Magnatenbesitz geschont, aus „Objektivität" die wahnsinnige Bogedainsche Schulpolitik geduldet, aus „Objektivität" die schwarze Hetzerei gegen das Reich mit Glacéhandschuhen angefaßt . . . Um auch nicht den Anschein irgendeiner Unterdrückung zu erwecken, hat man den Wühlmäusen am Reichsbau viel zu sehr durch die Finger gesehen. Wenn man noch heute es fertig bekommt, S.A.-Männer zum Tode zu verurteilen, die einen notorischen Reichsfeind und damit Feind des nur im Deutschen Reiche lebensfähigen Oberschlesiens getötet haben, statt ihnen den Dank des Vaterlandes dafür auszusprechen, daß sie getan haben, wozu die Be-

hörden zu weich und unentschlossen waren, so ist das lediglich eine Fortsetzung dieser entsetzlichen „Objektivität“ gegen Reichsfeinde, hinter der als Folge Hunger und Verfall, Elend und Verzweiflung stehen.

Geschichtlich ist das Recht des Deutschtums an Oberschlesien in vollem Umfang unbestreitbar. Es muß zurückgenommen werden als uralter deutscher Siedlungsboden, als Werk deutscher Kultur, als Land, das nur bei Deutschland leben kann und sonst verfallen muß.

Kap. 3

Selbstbestimmungsrecht der Völker in Ostoberschlesien

Punkt 13 der bekannten Wilsonschen Botschaft vom 8. Januar 1918 bestimmte: „Es soll ein unabhängiger polnischer Staat errichtet werden, der die von einer unbestreitbar polnischen Bevölkerung bewohnten Gebiete umfassen soll.“

Der Entwurf des „Friedensvertrages“ von Versailles sah demnach auf polnische Darstellung hin vor, daß Oberschlesien an Polen abgetreten werden sollte. Die Bevölkerung wehrte sich in mächtigen Kundgebungen dagegen, an den polnischen Staat ausgeliefert zu werden. Schließlich wurde eine Volksabstimmung im „Rat der Drei“ durchgesetzt, nicht zuletzt auf Betreiben Englands. Polen versuchte nunmehr, durch den ersten Aufstand, beginnend am 17. August 1919 und lediglich getragen von sehr kleinen polnischen Kampfgruppen, das Abstimmungsgebiet in die Hand zu bekommen. Der Aufstand wurde rasch durch freiwillige Truppen des Reichsheeres und die deutschgesinnte Bevölkerung unterdrückt. Darauf wurde am 11. Februar 1920 das Abstimmungsgebiet, aus dem man erst einmal die rein deutschsprechenden Teile um Neisse ausschied, um auch so ein polnisches Übergewicht künstlich vorzubereiten, durch die Internationale Plebiszitkommission (Vertreter

Frankreichs, Englands und Italiens) in Besitz genommen. Leiter war der berüchtigte französische General Le Rond, der pflichtwidrig offen mit den Polen zusammenarbeitete und besonders mit dem Führer der polnischen Losreißungsbestrebung, Korfanty, eng zusammenhielt.

Korfanty war Reichstagsabgeordneter im Deutschen Vorkriegs-Reichstage gewesen, durch eine gewissenlose Agitation sondergleichen hatte er erst eine mehr gemäßigte polnische Gruppe unter Napieralski vor dem Kriege an die Wand gedrängt, um dann sozialpolitisch sich zum Sprecher der wasserpolnisch redenden Bergleute und der armen Agrarbevölkerung aufzuwerfen. Schon bei den Reichstagswahlen 1903 und 1907 hatte er erhebliche Erfolge zu verzeichnen, da er ohne Bedenken alle Mittel der konfessionellen, der sozialpolitischen und der polnischnationalen Hetze anwandte. Er versprach bei dem Abstimmungskampfe den ungelernten Arbeitermassen, gerade dem rückständigsten Teil der Bevölkerung, das Blaue vom Himmel herunter. Er sagte jedem Mann, der für Polen stimmen werde, eine eigene Kuh zu, er versprach Land und Eigentum, er zog alle Register niedrigster Hetze. Zugleich aber wollte der ehrgeizige Mann sich so für den Fall, daß es ihm gelänge, Oberschlesien an Polen zu bringen, dort eine eigene Machtposition gründen. Während die älteren Arbeiter, oft gerade in den sozial ungünstigeren Grubenorten, den Schwindler rasch durchschauten und sich in ihrer Reichstreue nicht irremachen ließen, fielen gerade oft die ganz neuen Siedlungen (Zinkhüttengebiete) mit ihrer ungefestigten Bevölkerung auf ihn hinein.

Die Internationale Kommission deckte ihn bewußt, seine Terrorbanden wurden von den französischen Truppen gewissenlos unterstützt, sie peinigten das Deutschtum, um gegen den Willen der Bevölkerung einen polnischen Abstimmungssieg zu erreichen, auf jede Weise. Brandstiftung, Straßenterror, Verprügelung und Mord nahmen überhand. Trotzdem erkannte Korfanty bald, daß er so nicht zum Ziel kommen werde. So ging er weiter. Lange hatten seine Horden jegliche Achtung vor dem Menschenleben verlernt, auch die katholische Kirche, als deren Schützer sich die Polenbanden aufgeworfen hatten, wurde terrorisiert. Der Pfarrer von Seich-

witz wurde an die Wand gestellt und niedergeschossen, die Pfarrer von Knurow und Leschnitz lebensgefährlich mißhandelt. Korfanty entfesselte den Untermenschen.

Am 20. März 1921 fand nun die Abstimmung endlich statt. Den seit 1904 eingewanderten Deutschen war die Stimmabgabe verboten, 20 Landjäger wurden durch Korfantys Mordbanden getötet, 1500 Deutsche ermordet. Die Abstimmungspolizei war fast ganz (mehr als 80%) polnisch. Die Grenze nach Deutschland war gesperrt, die Grenze nach Polen war weit offen.

Trotzdem ergab durch den tapferen Einsatz des oberschlesischen Deutschtums die Wahl das folgende Ergebnis:

für Deutschland 707 393 Stimmen,
für Polen 479 365 Stimmen.

Alle Städte, mit Ausnahme des winzigen Städtchens Neu-Berun, hatten deutsche Mehrheiten — wo auf dem Lande englische oder italienische Truppen für eine halbwegs gesicherte Abstimmung sorgten, blieb auch dort vielfach das Deutschtum in der Mehrheit. Die beiden einzigen Landgemeinden, in denen im Kreise Rybnik Truppen standen, hatten eine Mehrheit für Deutschland — die anderen nicht. Ein Zeichen, wie stark unter Terror die Abstimmung vor sich ging! Von der zu Hause „wasserpolnisch" sprechenden Bevölkerung stimmten 39% zum Entsetzen Korfantys für Deutschland. Der Abstimmungssieg war überwältigend. Nach den Bestimmungen des Friedensvertrages hätte nun Oberschlesien geschlossen und einheitlich bei Deutschland belassen werden müssen. Wäre auch nur eine Stimme polnische Mehrheit vorhanden gewesen, so wäre unzweifelhaft von Frankreich verlangt worden, daß das ganze Gebiet an Polen käme.

Da entfesselte Korfanty, um die polnischen, in der Abstimmung unterlegenen Ansprüche doch noch durchzusetzen, den großen Aufstand am 3. Mai 1921. Deutsche Freiwillige, der oberschlesische Selbstschutz, S.A., auf das schwerste von den Franzosen und regulären polnischen Truppen, besonders der in Frankreich aufgestellten Hallerarmee, bedrängt, schlugen die mordend und sengend durch das Land ziehenden Korfantybanditen, stürmten den Annaberg

und hätten das Land polenfrei gemacht, wenn nicht im letzten Augenblick die Franzosen ihnen in den Arm gefallen wären.

Entgegen der Volksabstimmung fällte dann die Botschafterkonferenz durch Note vom 20. Oktober 1921 eine Entscheidung, die unter dem Vorsitz eines Chinesen, der Oberschlesien nie gesehen hatte, und unter Mitwirkung anderer „Sachkenner", die Grenze da zog, wo sie heute läuft.

Mit Recht schreibt das „Taschenbuch für Grenz- und Auslandsdeutschtum, Heft 19, Oberschlesien" abschließend über diesen Gewaltakt, diese Beugung des Rechts und diese ausgesprochene Mißachtung des Volkswillens:

„Die Ziehung der neuen Grenze ist ein Musterbeispiel für die Böswilligkeit, unter der Deutschland seit dem Friedensvertrag von Versailles zu leiden gehabt hat. Der Völkerbundsrat stellte es sich zur Aufgabe, das Land im Verhältnis von 4 : 6 gemäß dem Verhältnis des Abstimmungsergebnisses zu teilen. Er glaubte, in diesem mathematischen Grundsatz die gerechte Teilung gefunden zu haben. Die Grenzlinie aber legte er so, daß die wirtschaftlich wichtigen Betriebe, alle wichtigen Rohstoffquellen, Polen zufielen. Die drei größeren Städte, Ratibor, Gleiwitz, Beuthen, schnürte er von ihrem Hinterland derart ab, daß sie wirtschaftlich in schwerste Not kommen mußten, und daß sie strategisch im Fall kriegerischer Verwicklungen völlig unhaltbar sind. Was geschichtlich und organisch gewachsen war, wurde zerschnitten und damit vielfach lebensunfähig gemacht, gleichgültig, ob es sich dabei um Zerschneidung von Wasserleitungen, Elektrizitätsleitungen, Straßen oder einheitlichen Wirtschaftsleitungen, wie Gruben und Eisenwerke, handelte. Wegen dieser Zerreißung des einheitlichen Industrieorganismus ist die Bevölkerung Oberschlesiens niemals gefragt worden. Während des Abstimmungskampfes ist der Gedanke einer Teilung Oberschlesiens gerade von polnischer Seite abgewiesen worden. Sejm-Marschall Tramczynski erklärte: ‚Komme, was da wolle, wir wollen Oberschlesien nicht zerreißen, es soll ganz der oder jener Seite gehören'."

Bei der Abstimmung über die Zugehörigkeit Oberschlesiens zu Deutschland oder Polen ist abgestimmt worden über die Gesamt-

zugehörigkeit des Landes. Diese Abstimmung ist zu Deutschlands Gunsten ausgefallen. Über eine Teilung des Landes, besonders des Industriereviers, ist nicht abgestimmt worden. Ihre Durchführung stellt darum einen krassen Gewaltakt dar. Wir fordern darum Rückgabe Ostoberschlesiens wegen Verletzung des Selbstbestimmungsrechts der Völker und wegen Betruges am deutschen Volk!

Kap. 4.

Der jetzige Wille der Bevölkerung

Sehr rasch zeigte sich, wie künstlich und im wesentlichen durch rein soziale Motive bedingt die polnische Strömung eigentlich gewesen war. Im deutschgebliebenen Teil waren bei der Abstimmung 195 317 polnische Stimmen abgegeben worden. Schon bei der Reichstagswahl am 7. Dezember 1924 brachte die „Polnische Volkspartei“ nur noch 42 051 Stimmen auf, und bei der Reichstagswahl 1932 ist die Zahl auf 14 000 heruntergegangen. Dabei hat eine irgendwie nennenswerte Abwanderung nach Polen nicht stattgefunden, die früheren Polenwähler sind vielmehr in kleinerem Maße dem Zentrum, soweit sie aus konfessioneller Gehässigkeit polnisch gewählt hatten, in größerem Maße den Kommunisten, die das Korfantysche Untermenschentum mit offenen Armen aufnahmen, zugeströmt. Einige haben auch in bitterer Reue über ihren begangenen Reichsverrat sich bemüht, ihr Verbrechen der Abstimmung für Polen durch nunmehriges Eintreten für Deutschland gutzumachen. Das Mordgesindel ist bei den Kommunisten gelandet und füllt dort die Terrorbanden, oft noch heute in starker Verbindung zu Polen, das jetzt vom Kommunismus eine Unterwühlung der deutschen Stellung in Oberschlesien erhofft. Die neuaufgestellte „Kreuzschar“ des Zentrums ist ebenfalls überreich an früheren „Insurgenten“ und Korfantyleuten.

Der Nationalsozialismus hat es stets abgelehnt, frühere Korfantyleute, auch bei bekannter Reue, in seine Reihen aufzunehmen.

In Ostoberschlesien hatte Polen 231 000 Stimmen deutschgesinnter Bevölkerung (45% der Gesamtbevölkerung des geraubten Ostoberschlesiens) übernommen. Rücksichtslos wurden erst einmal 80 000 Deutsche durch Schikanen und Terrorakte teuflischer Art vertrieben. Trotzdem kam in Ostoberschlesien nach dem Rausch des befreiten „Polenlandes" eine furchtbare Enttäuschung. Beamte aus Galizien und Kongreßpolen kamen ins Land, die Oberschlesier, auch die sich aktiv für Polen eingesetzt hatten, wurden aus allen Posten verdrängt, eine riesige Steuerlast senkte sich auf das unglückliche Land. Schon am 14. Dezember 1924 erklärte der Geistliche Rosmus-Nikolai in öffentlicher Versammlung in Pleß, bei einer neuen Abstimmung werde Polen keine 20% Stimmen mehr erhalten. Im Februar 1926 schrieb die „Gazeta robotniza" (Arbeiterzeitung): „Sollte keine Abhilfe geschaffen werden, so müssen 50% der Schulkinder binnen 1—2 Jahren sterben, und der Rest wird zu geistigen und körperlichen Krüppeln verunstaltet. Das Elend bewirkt bei der Bevölkerung Apathie und Verzweiflung, die geeignet sind, die Grundlagen des Staates zu erschüttern. Die Arbeiter leiden an Unterernährung. In Kattowitz ist es eine tägliche Erscheinung, daß Hunderte Ausgehungerter in den Misthaufen nach Speiseresten suchen. Untrennbare Folge dieses Elends bildet die Ausbreitung der Prostitution, der eine Unzahl sehr junger Mädchen zum Opfer fällt. Die durch das Elend geförderte Trunksucht vernichtet den Organismus. Eine Menschengeneration ist dem Verderben preisgegeben."

Die Bevölkerung, von Jahr zu Jahr mehr in Verzweiflung versinkend, hat nur noch den einen Wunsch, wieder zu Deutschland heimkehren zu dürfen. Befreit vom Knüppel ihrer galizischen Fronvögte, würde sie einmarschierenden deutschen Soldaten die Wege bekränzen. Selbst unter der furchtbaren Knebelung des Deutschtums brachten darum auch die Gemeindewahlen vom 14. November 1926 im polnisch gewordenen Ostoberschlesien einen glatten Sieg der deutschen Parteien. Die Deutschen errangen 306 Gemeinderatsmandate gegen 265 polnische Mandate. Im Industriegebiet gar standen 132 063 deutsche Stimmen gegen 89 551 polnische Stimmen. Ostoberschlesien will also heim zu Deutschland!

Wir fordern darum Rückgabe Ostoberschlesiens!

Gleichzeitig mit der Grenzziehung hatte der Genfer Vertrag vom 15. Januar 1925 Polen und Deutschland unter der Überwachung einer gemischten Kommission (Vorsitz Schweizer Altbundesrat Calonder) eine Reihe von Minderheitenschutzbestimmungen auferlegt. Polen hat, vor allem unter dem Wojewoden Gracinski und seiner galizischen Beamten, alle diese Bestimmungen bewußt gebrochen. Bis Ende 1926 waren bereits 24 große Sammelbeschwerden des Deutschen Volksbundes in Ostoberschlesien, dem geraubten Gebiet, bei der Gemischten Kommission eingereicht. Sie wurden mit Recht zum großen Teil gegen Polen entschieden, zum Teil beim Völkerbund verschleppt. Ausweisung, Verhinderung des freien Unterrichts der deutschen Kinder in den Minderheitenschulen, ja ungestrafte Terrorisierung und Prügelexpeditionen, wie gegen das deutsche Dorf Hohenbirken und Golassowitz, wechseln ab. Über die einzelnen Terrorakte ließen sich Bände schreiben — wenn einmal eine rechtlich denkende Stelle das Martyrium des gepeinigten Ostoberschlesiens zu untersuchen haben wird, wird sie feststellen müssen: es gibt nicht eine Bestimmung zum Schutze der Minderheiten, die Polen nicht gebrochen hat.

Einhaltung der Minderheitenschutzbestimmungen ist aber eine Voraussetzung für die Abtretung des Landes an Polen gewesen — da Polen sie bewußt sabotiert, muß die Rückgabe des gequälten Landes verlangt werden.

Kap. 5

Hultschiner Ländchen

Ein gesinnungsgemäß ganz deutsches Gebiet wurde mit dem Hultschiner Ländchen (316 Quadratkilometer) mit 48 446 Einwohnern an die Tschechoslowakei gegeben. Eine Volksabstimmung fand überhaupt nicht statt, vielmehr wurde das Gebiet, entgegen den Protesten der Bevölkerung, am 4. Februar 1920 von tschechischen

Truppen besetzt und unter einen unerhörten Ausnahmezustand gestellt, der noch heute andauert. Es liegt also hier eine krasse Verletzung des Selbstbestimmungsrechts der Völker vor!

Die drei Dörfer Sandau, Haatsch und Owschütz wurden noch nicht gleich zur Tschechoslowakei geschlagen, sondern unter Aufsicht tschechischer Gemeindevorsteher einer Probeabstimmung unterzogen. Diese Probeabstimmung ergab bei 161 nur deutsch redenden, 326 polnisch redenden und 3681 mährisch und deutsch redenden Einwohnern einen Prozentsatz von 99% Stimmen für Deutschland. Trotzdem wurde nur das kleinste der Dörfer, Owschütz, bei Deutschland gelassen, die Dörfer Sandau und Haatsch dagegen im Widerspruch zum ausdrücklichen Willen ihrer Bevölkerung an die Tschechoslowakei ausgeliefert — und der „Vertreter des Rechtes der kleinen Völker", der Freimaurer Präsident Masaryk, schämte sich nicht, diese Vergewaltigung gutzuheißen.

Im übrigen Hultschiner Gebiet ist trotz schärfsten tschechischen Terrors die Gesinnung rein deutsch geblieben. Noch heute sind 65% der Gemeindevorsteher deutsch, und die Wahlen zu den Kommunalkörperschaften haben immer wieder deutsche Mehrheiten, trotz des verhängten Ausnahmerechts, ergeben.

Zur Begründung der widerrechtlichen, gegen den Willen der Bevölkerung erfolgten Abtrennung, wurde hier die Tatsache an den Haaren herbeigezogen, daß die Bevölkerung zum Teil zu Hause einen mährischen Dialekt — nicht etwa tschechisch — spricht. Auch hier hatte, wieder ohne Gegenwirkung der liberalisierten Behörden, im Jahre des Unheils 1848 Pfarrer Cyprian Lolek versucht, die Bevölkerung durch Herausgabe einer tschechischen Zeitschrift und die Einführung tschechischer Lesebücher in den Schulen zu vertschechen. Dieser Versuch war aber bereits lange an der ehrlichen Ablehnung des Tschechentums durch die deutschgesinnte Bevölkerung gescheitert, die sich bis heute in schärfster Ablehnung des tschechoslowakischen Zwangsstaates nach ihrer Erlösung durch Deutschland sehnt. Auch hier war die deutsche Verkehrssprache und das deutsche Kulturbewußtsein viel stärker als der tschechische, dem mährischen Volkstum ganz fremde und innerlich verhaßte Imperialismus. Die Rückgabe des Hultschiner Gebietes muß gefordert

werden. Die Bevölkerung hat ihren Rückkehrwillen zu Deutschland immer wieder betont.

Österreichisch-Schlesien

Das einstige Kronland Österreichisch-Schlesien mit den Städten Bielitz und Teschen stellt jenen Teil Schlesiens dar, der 1742 bei der Gewinnung der Provinz Schlesien durch Preußen in österreichischer Hand verblieb. Es zerfiel in zwei, durch einen schmalen Zipfel des alten Kronlandes Mähren, der bis an die deutsche Grenze vorstößt, getrennte Teile, einen nördlichen mit den Städten Jauernig, Freiwaldau, Jägerndorf und Troppau sowie einen südlicheren, mit den Städten Friedeck, Teschen und Bielitz. Dieser letztere schließt am Jablunka-Gebirge ab. Auch der dazwischen geschobene Zipfel Mähren besteht im wesentlichen aus dem rein deutschen Kuhländchen.

„Das ganze Gebiet ist seiner Bevölkerung und Gesinnung nach deutsch, auch das Mischvolk der ‚Slonzaken' (Schlesier) war durchaus während des Weltkrieges kaisertreu und lehnte das Tschechentum und seine Ziele ab. Es wünschte nach der Umwälzung, gleich seinen deutschen Mitbürgern, die Wiedervereinigung mit dem Reich, konnte sich aber zu selbständigem Handeln nicht aufraffen, sondern hoffte auf den Völkerbund und die Friedensabmachungen. Die Bestimmungen von St. Germain gewährten dem inzwischen von Franzosen besetzten Durchgangsland (Teschener Korridor) jedoch nur die Wahl zwischen Polen und der Tschechoslowakei, nicht den Anschluß an Deutschland." (Laubert a. a. O. S. 123.) Das Jägerndorf-Troppauer Land schloß sich mit dem angrenzenden deutschen Teil in Nordmähren zum „Sudetenland" zusammen und verlangte seinen Anschluß an Deutschland. Unter teuflischen Greueln besetzten tschechische Truppen 1919 das Gebiet, und die Friedenskonferenz von St. Germain, die das Deutschtum in Österreich vernichten wollte, sprach, trotz verzweifelter Proteste, das unglückliche Land den Tschechen zu.

Vorbehaltlich aller weiteren Rückforderungsrechte Deutschlands an den tschechoslowakischen Nationalitätenstaat muß die Rückgabe dieses bevölkerungsmäßig deutschen, geographisch zu Schlesien gehörigen nördlichen Gebietes des alten Österreichisch-Schlesiens gefordert werden.

Im südlichen Teil, dem Teschener Lande, kämpften eine Zeitlang die deutschen und „wasserpolnischen" Bewohner gemeinsam gegen eine Angliederung an Polen und an die Tschechoslowakei. Ohne Befragung der Bevölkerung wurde am 28. Juli 1920 das Land durch Spruch und Botschafterkonferenz geteilt und Polen die Hauptstadt Teschen (ohne Bahnhof) gegeben, während das Land westlich der Olsa an die Tschechoslowakei fiel.

Weder Polen noch die Tschechoslowakei hat rechtliche Ansprüche an dieses im Mittelalter von deutscher Arbeit erschlossene Gebiet, dessen Städte, insonderheit das gewerbefleißige Bielitz, rein deutsches Gepräge tragen. Auch hier muß die Ablieferung eines deutschen Gebietes, das geographisch mit Oberschlesien eine Einheit bildet (auch Polen hat dieses durch Vereinigung seines Anteils mit seiner Wojewodschaft „Gorny Slask" [Oberschlesien] anerkannt), unabläßig gefordert werden.

Es kann sich für uns nicht darum handeln, lediglich Korrekturen der durch die Gewaltakte der Friedensverträge geschaffenen Grenzen zu ziehen, sondern ein erstarktes Deutschland hat die Aufgabe, dort unten durch Zusammenfassung seines alten Besitzes, der ihm entglitten ist, ein deutsches Großoberschlesien zu schaffen, das wirtschaftlich erst die Entwicklung des Landes ermöglicht und zugleich strategisch die beiden Gegner des Deutschtums, Polen und Tschechoslowakei, auseinandertrennt, dann aber auch einen deutschen Brückenkopf zur Ukraine und Ungarn, eine Stellung auf dem Jablunka-Paß ermöglicht. Österreichisch-Schlesien gehört selbstverständlich zu den unerlösten deutschen Gebieten, seine Einbeziehung in die oberschlesische Frage, die doch nur in ernstesten Konflikten lösbar ist, ist sowohl ein Gebot der Gerechtigkeit gegenüber unseren dort unterdrückten Volksgenossen, wie ein Erfordernis staatsmännischen Weitblicks. Damit ist zugleich die ganze Frage des nordmährischen, sudetendeutschen Deutschtums und die Frage des

unter Bruch des Pittsburger Autonomieversprechens an die Tschechei angegliederten und dort teuflisch unterdrückten (Prozeß des Pfarrers Hlinka!) slowakischen Volkes zur Debatte gestellt!

Was bedeutet für uns wirtschaftlich der Verlust Ostoberschlesiens?

In dem gesamten deutschschlesischen Gebiet wurden insgesamt bei der Volksabstimmung vom 21. März 1921 abgegeben:

. . . .	1 186 758	Stimmen
davon entfielen auf Deutschland .	707 393	Stimmen
dagegen auf Polen nur	479 356	Stimmen
In dem Polen zugesprochenen Gebiet entfielen von insgesamt . .	502 145	Stimmen
auf Deutschland	231 000	Stimmen

D. h. 45% aller in an Polen abgetretenen Gebieten abgegebenen Stimmen haben nicht zu Polen, sondern zu Deutschland kommen wollen.

Diese offene Sinnlosigkeit war nur dadurch möglich, daß nicht nur Oberschlesien entgegen den vorher proklamierten Grundsätzen zerrissen wurde, sondern erst recht dadurch, daß man gerade denjenigen Teil, der prozentual den höchsten deutschen Stimmenanteil ergeben hatte, zu Polen schlug, nämlich den größten Teil des Industriereviers. Die Volksabstimmung, die eine erhebliche Mehrheit im ganzen Abstimmungsgebiet ergeben hatte, brachte gerade im Industrierevier eine wahrhaft überwältigende Mehrheit für Deutschland.

Es handelte sich aber für die Siegerstaaten gar nicht darum, dem Willen der Bevölkerung zur Schaffung einer Ordnung, die ihren nationalpolitischen Wünschen entsprach, entgegenzukommen, sondern darum, Deutschland ein mühsam aufgebautes Gebiet zu zerstückeln, den wertvollsten Teil an Polen zu geben und diesem damit ein Kampfarsenal gegen Deutschland zu verschaffen.

Es wurden also dem deutschen Volk entrissen:

Von den Kohlenrevieren mit 113 Milliarden Tonnen Steinkohle 107 Milliarden Tonnen, die Polen gegeben wurden — Deutschland behielt nur 6 Milliarden Tonnen.

Von 67 Kohlengruben gingen an Polen 53 — Deutschland behielt nur 14! Die Förderung dieser Gruben hatte betragen:

. . . .	43 1/2	Millionen Tonnen
davon gingen an Polen . .	32 1/2	Millionen Tonnen
Deutschland behielt nur . .	11	Millionen Tonnen.

Von den Eisenerzvorräten, 16 Millionen Tonnen — verlor Deutschland alles, sie mußten sämtlich an Polen übergeben werden.

Von den 25 Stahl- und Eisengießereien kamen 15 an Polen, nur 10 blieben Deutschland.

Von den 14 Walzwerken kamen 9 an Polen, nur 5 blieben bei Deutschland.

Von der Roheisenerzeugung kamen

an Polen	613 218 Tonnen
Deutschland blieben nur	581 383 Tonnen

Von der Rohstahlerzeugung kamen

an Polen	1 000 769 Tonnen
Deutschland blieben nur	351 039 Tonnen

Von der Zinkerzförderung kamen

an Polen	425 940 Tonnen
Deutschland blieben nur	91 535 Tonnen

Von der Bleierzerzeugung kamen

an Polen	37 272 Tonnen
Deutschland blieben nur	15 282 Tonnen

Von den 16 Zink- und Bleierzgruben in O.S. kamen an Polen 11, Deutschland blieben nur 5.

Von den 22 Zinkhütten kamen an Polen alle.

Damit sind etwa 75% der Gesamtproduktionskraft Oberschlesiens, das eigentliche Kernstück des Landes, an Polen gegeben. Um dies zu erreichen, mußte ein mit tausend Fäden untereinander zu-

sammenhängendes hochmodernes Industriegebiet völlig auseinandergerissen werden. Es wurden von der Grenze zerrissen und damit größtenteils entwertet:

25 Reichsbahnstrecken,
7 Straßenbahnlinien
9 Schmalspurbahnstrecken
45 Landstraßen.

Diese alle führen an Grenzschlagbäume, wo der Verkehr aufgehalten wird, weil die Polen die Verbindung unterbrochen haben. Manche Straßen sind lediglich deswegen von der Grenze unterbrochen, weil den Polen ein gewinnbringendes oder sonst wertvolles Stück jenseits der Straße zugeschanzt werden sollte. „Auf der einzigen großen, bergsicheren Straße Hindenburg—Beuthen wurde ein großes Knappschaftslazarett, das von den Polen tatsächlich nicht gebraucht wurde, Polen dadurch zugeschlagen, daß man die Grenze in großem Bogen um das Lazarett herumlegte und etwa 1½ Kilometer aus der wichtigen Straße herausschnitt; abgesehen von dem Raub des Lazarettes wurde dadurch der Bau einer neuen teuren Umgehungsstraße auf Bruchgelände erforderlich, die erst Anfang November 1930 in Betrieb genommen werden konnte." (Deutsche Ostlandnot, Verlag R. Hobbing, S. 10.)

Gerade die mustergültigen sozialen Anstalten Deutschlands in Oberschlesien wurden bewußt weggerissen. So verlor allein der Kreis Ratibor ein Kreiskrankenhaus, 5 Siechen- und Altersheime, 2 Säuglings- und Kleinkinderheime, ein Wohlfahrtshaus. Parallel damit ist eine Verschlechterung der Gesundheitsverhältnisse gegangen. So kamen im Regierungsbezirk Oppeln 1923 auf 10 000 Einwohner nur 32 Krankenhausbetten gegen 53 im Reichsdurchschnitt. In der Kindersterblichkeit erreichte O.S. infolge der wirtschaftlichen Zerreißung des Gebietes und der dadurch hervorgerufenen Verelendung gegenüber dem Reichsdurchschnitt von 9,7% die Ziffer von 12,9%. Ebenso ist die Tuberkulosensterblichkeit, die sonst in Deutschland überall absinkt, in Oberschlesien noch immer 12,8% — lediglich eine Folge der sozialen Verelendung durch die Grenzziehung.

Für die einzelnen Städte ergeben sich da zum Teil erschreckende Bilder. Für Beuthen erklärte Stadtverordneter Zawadski, M. d. L., dem Reichskanzler Dr. Brüning bei seiner Ostlandfahrt (Ostland vom 15. Januar 1931): „Für uns in Oberschlesien, besonders in den vier Grenzstädten Beuthen, Gleiwitz, Hindenburg und Ratibor haben sich die Existenzbedingungen weiterhin so erheblich verschlechtert, daß von einer Existenzbasis für die Gewerbetreibenden in den vier Städten überhaupt nicht gesprochen werden kann . . . In Beuthen hat die Zahl der Gewerbetreibenden um das Dreifache zugenommen, woraus ersichtlich ist, wie schwer unter den obwaltenden Umständen der Existenzkampf für die Gewerbebetriebe dem Handwerk und Einzelhandel geworden ist."

Bei derselben Reise erklärte Oberbürgermeister Franz, Hindenburg, dem Reichskanzler: „Hindenburg ist eine Arbeiterstadt. Es hat fast 100 000 Erwerbslose und 2000 Wohlfahrtserwerbslose. Trotz des Darniederliegens der Wirtschaft erhebt Hindenburg die höchsten Steuern aller Städte im Reich . . ."

Oberbürgermeister Kaschny in Ratibor erklärte für seine Stadt: „Die Ratiborer Industrie war in ihrem gesamten Aufbau von dem Zusammenhang mit den jetzt abgetretenen Gebieten abhängig. Durch den Verlust des Rybniker Industriegebietes ist der Ratiborer Veredelungsindustrie die Kohlenbasis entzogen. Durch den Verlust des Absatzgebietes, das über Oberschlesien hinaus bis nach Posen und Westpreußen gereicht hat, ist die Ratiborer Industrie, insbesondere die Tabak- und Süßwarenindustrie, die fast ausschließlich auf den Geschmack der Bevölkerung in den losgerissenen Gebietsteilen eingestellt war, in ihrem Lebensnerv getroffen worden."

Man kann dieser bösartigen Zerstörung eines lebendigen Wirtschaftskörpers kein härteres Urteil sprechen als das Urteil des deutschfreundlicher Gesinnung ganz unverdächtigen Franzosen René Martel („La France et la Pologne" Réalité de l'Est Européen, Paris, Marcel Rivière 1931).

„Nicht weniger wichtig ist die Feststellung, daß die Trennung die wirtschaftliche Einheit Oberschlesiens zerstört hat, dessen Unteilbarkeit zu achten Recht, Vernunft und politischer Anstand erfordert

hätten. Diese Zerschneidung dessen, was Oberschlesien verbindet, ist ebenso dumm wie die Schaffung des polnischen Korridors! Die kommenden Geschlechter werden sich weniger über das Unrecht als über die Unsinnigkeit der Grenzziehung im europäischen Osten wundern. Ich treffe diese Feststellung im Namen der Vernunft und des Rechtes und aus Abscheu vor dem politischen Widersinn.

Die Teilung Oberschlesiens hat schließlich zur Folge gehabt, daß einem Staatsvolk niederer Kultur eine unendlich höher stehende Bevölkerung ausgeliefert wurde. Das ist ein richtiges Attentat auf die Zivilisation. Wir wissen natürlich, daß Polen Entschuldigungsgründe hat für seinen rückständigen Wirtschaftszustand, für die Fehler seiner Sozialgesetzgebung, für den großen Mangel an Arbeiterschutzgesetzen, für seine Unerfahrenheit und für die mangelnde öffentliche Gesundheitspflege. Es ist deswegen nicht weniger wahr, daß Länder wie Oberschlesien, Pommerellen oder Ostgalizien, die aus deutscher oder österreichischer Herrschaft unter die polnische Staatshoheit gekommen sind, einen Rückschritt der Zivilisation erlebt haben. Verwirrte und zerrissene Verwaltung, Korruption, Mißbrauch der Gewalt, Mängel im Unterrichtswesen, in der Sozialversicherung und im Gesundheitswesen treffen zusammen mit moralischem Tiefstand, mit einer Häufung der Kriminalvergehen, mit Faulheit, Ausschweifungen und Trunksucht. Diesem Polen mit seinen Schwächen hat die Unwissenheit der Alliierten die neuen Gebiete anvertraut. Überall, wo Polen seine Herrschaft aufgerichtet hat, ist die Zivilisation zurückgegangen, die Ordnung, der Wohlstand hat sich vermindert, die Moral ist gebeugt worden. Schwere Fehler sind zum Schaden des deutschen Volkes begangen worden."

Was hat Polen aus Ostoberschlesien gemacht?

Das angeführte Urteil eines Franzosen wird rein sachlich durch die Zustände im polnisch gewordenen Teil des Landes bestätigt. Ist schon das deutsche Oberschlesien trotz verzweifeltem Bemühen der Bevölkerung nach dem Wort des Reichskanzlers Brüning ein

„Elendsland" geworden, ein durch die Wegnahme seiner Existenzgrundlage, die Zerreißung seiner Wirtschaft in jammervolle Not gestürztes Gebiet — so hat die polnische Habgier und Unordnung aus dem geraubten Ostoberschlesien erst recht ein irdisches Jammertal gemacht.

Polen hat mit seinem rein landwirtschaftlichen Wirtschaftskörper die hochentwickelte, von ihm geraubte Industrie gar nicht aufnehmen können. Es war, nach dem Wort eines geistvollen Engländers, „als ob man eine hochmoderne Dynamomaschine in eine alte Postkutsche einbaute". Die Dynamomaschine läuft leer und verfällt. Mit Recht schreibt „Ostland" vom 1. Juli 1932:

„Bei dem krassen Mißverhältnis, das zwischen der Produktionsfähigkeit Ostoberschlesiens und der Aufnahmefähigkeit des polnischen Staatsgebietes für Industrieerzeugnisse besteht, mußte ein enormer Rückschlag in der Entwicklung des ostoberschlesischen Industriegebietes eintreten, sobald die Ausfuhr infolge der schwindenden Kaufkraft und der wirtschaftlichen Autarkiebestrebungen des Auslands ins Stocken geriet. Die Zehnjahresbilanz der polnischen Herrschaft in Ostoberschlesien sieht trauriger aus, als sie sich wohl selbst die nüchternsten und pessimistischsten Beurteiler der oberschlesischen Entwicklung vorgestellt haben mögen. Im Jahre 1922, also im Jahre der Teilung, waren nach Aufstellung des deutschen Abgeordneten Jankowski in der Wojewodschaft Schlesien 141 606 Bergarbeiter beschäftigt; jetzt sind es noch 60 000, von denen überdies einige Zehntausende in Kurzarbeit und weitere Tausende in Kündigung stehen. Im Erzbergbau der Wojewodschaft waren im Übergangsjahr 6883 Arbeiter beschäftigt; jetzt sollten die letzten oberschlesischen Zinkgruben stillgelegt werden. In den Eisenhütten wurden vor 10 Jahren 35 063 Arbeiter beschäftigt; davon sind noch 17 000 übriggeblieben, von denen nicht weniger als 13 000 Turnusurlauber sind oder nur 4—6 Schichten im Monat arbeiten. In der Zinkindustrie ist die Arbeiterzahl von 11 676 auf 5000 gefallen; nur die Hälfte arbeitet voll, während die anderen Kurzarbeiter und Turnusarbeiter sind. In Bergbau, Eisen- und Zinkhütten, diesen drei wichtigsten Industriegruppen des Landes, ist die Zahl der beschäftigten Arbeiter also auf 77 000 gegenüber

190 000 im Jahre 1922, also um 113 000 gesunken. (Man vergleiche damit den reißenden Anstieg zur Zeit des einheitlichen Oberschlesiens unter deutscher Verwaltung! Der Verf.) Von diesen aus der ostoberschlesischen Großindustrie entlassenen Arbeitskräften, zu denen noch Zehntausende aus den anderen Industriegruppen hinzukommen, hat Albert Korfanty kürzlich in einem in seiner „Polonia" erschienenen Aufsatz gesagt, daß „für sie keine Hoffnung mehr bestehe, wieder in ihren Industriezweigen Beschäftigung zu finden".

So sinkt hier der oberschlesische Arbeiter, der einst hoffte, im neuen Polenstaat Aufstieg und materielles Wohlergehen zu erreichen, soweit er überhaupt noch Beschäftigung findet, unter dem Druck dieser sozialen Verelendung, dieser lawinenartig angeschwollenen Massenarbeitslosigkeit, immer mehr auf den sozialen Tiefstand des kongreßpolnischen Arbeiters herunter.

Dabei ist dieser Verfall nicht etwa nur eine Folge der Weltwirtschaftskrise, sondern er hat seinen Umfang erst erreicht durch die Raubpolitik des polnischen Staates, der das ostoberschlesische Gebiet wie eine Zitrone auspreßt, um damit einen riesigen, unfähigen Beamtenapparat, seine übersteigerte Rüstung und die Verschwendung seiner unersättlichen Staatskassen zu decken.

Gewiß finanziert der polnische Staat überhaupt seinen Bestand durch rücksichtslose Besteuerung der Deutschland abgerissenen Gebiete, aber gerade Ostoberschlesien ist am stärksten davon betroffen. Post und Eisenbahnen bringen nur in den westlichen, früher deutschen Wojewodschaften nennenswerte Überschüsse, das kleine Ostoberschlesien allein bringt fast die Hälfte aller postalischen Einnahmen des polnischen Staates auf.

Praktisch sieht diese Ausplünderung zugunsten der polnischen Bürokratie folgendermaßen aus:

In Ostoberschlesien beträgt die Einkommensteuer pro Kopf und Jahr einschließlich der Kinder . . . . . 11.40 Zloty
in Warschau nur . . . . 7.10 Zloty
in Krakau . . . . 3.40 Zloty
in Wolhynien gar nur . . . . 0.90 Zloty.

Obwohl die ostoberschlesische Bevölkerung nur 4,2% der gesamten polnischen Bevölkerung ausmacht, bringt sie doch 19,8% der gesamten Steuerauskünfte aus der Einkommensteuer auf. Außerdem sind die armen Teufel mit 12,2% an den gesamten Staatseinnahmen durch Verzugszinsen und Exekutionsgebühren beteiligt: das heißt, ihnen sitzt der Gerichtsvollzieher von „Mütterchen Polen" dreimal so scharf auf dem Nacken als den übrigen Teilen des Landes!

Dazu werden die „erlösten" Ostoberschlesier in ihrem eigenen Heimatlande konsequent aus allen Beamtenstellungen verdrängt. 50% aller Staats- und Wojewodschaftsbeamten in Ostoberschlesien stammen aus Galizien, 36% aus dem übrigen Polen und nur 7% aus Ostoberschlesien selbst.

Dabei hatte Polen im Abstimmungskampfe der Bevölkerung weitestgehende Selbstverwaltung und Gleichberechtigung mit den übrigen Teilen des neugeschaffenen Staates zugesagt. Nichts zeigt deutlicher als diese bewußte Zurückdrängung des Einheimischen, wie wenig der polnische Staat mit Recht an das „Polentum" der ostoberschlesischen Bevölkerung glaubt.

Die Enttäuschung über die Warschauer Raubmethoden ist in der ostoberschlesischen Bevölkerung, auch soweit sie einmal ihre Stimme für Polen abgegeben hatte, heute grenzenlos. Einer der lautesten Rufer im Streite, Korfanty, erklärte offen im ostoberschlesischen Landtag (Sejm Slaski), Ostoberschlesien sei für Polen die Henne, die ihm goldene Eier legen müsse, bis sie verrecke.

Wir führen als Beweis für die unerhörte Mißwirtschaft und Raubgier des polnischen Staates in Ostoberschlesien hier eine Anzahl polnischer Stimmen an, bei denen also der Verdacht der Deutschfreundlichkeit ausgeschlossen ist.

Die Zeitung „Trybuna" schreibt: „Wir haben unsere Milliardenmitgift für Versprechungen abgegeben. Oberschlesien ist eine Kolonie geworden, wohin in Strömen entgleiste Elemente gezogen kamen, die sofort das neuerworbene Gebiet auszubeuten begannen. Wir leben und sterben auf der Kohle, aber wir sind arm und frieren dank den hohen Inlandspreisen für Kohlen."

Die gleiche Zeitung schreibt: „In keinem anderen Gebiete Po-

lens ist ein Oberschlesier im Amt oder in einer Arbeitsstelle. Die Schlesier haben niemand aus Oberschlesien verdrängt und werden überdies von den Galiziern, die ihnen das Blut nehmen, als Germanen, Schwaben, Kommunisten usw. beschimpft. Freilich, einen Platz haben die Galizier ihnen uneingeschränkt belassen, nämlich an den Stufen der Altäre in den oberschlesischen Kirchen, wo die Galizier nicht zu finden sind."

Das Blatt schreibt: „Die oberschlesische Verwaltung hält nicht annähernd einen Vergleich mit der deutschen Bürokratie aus. Der preußische Beamte war zwar sehr schroff, aber er arbeitete rasch, pünktlich und ohne Hinterhältigkeit. Es lebte der Bauer und der Arbeiter und von ihnen der Handwerker und Kaufmann, nicht geknebelt von engherziger Bürokratie, von Monopolen und über die Rechtsnorm hinaus gesteigerten Steuern."

Ja, wir finden bereits in der ostoberschlesischen Lokalpresse folgende Erklärung: „Ganz Oberschlesien ruft heute nach einem Erlöser, der den Augiasstall reinigt, zu dem Ostoberschlesien unter der Leitung verschiedener ‚großer' Männer gemacht ist. Wenn aber einmal der Zahltag für die Wohltaten unserer Brüder oder vielmehr unserer Henker kommt, erwartet die oberschlesische Bevölkerung von ihren Akademikern, daß sich die Fehler von 1922 nicht wiederholen. (Damals hatte gerade Korfanty und sein Anhang die galizischen und kongreßpolnischen Beamten ins Land geholt! D. Verf.) Die Gegenwart ist nur eine Episode in der Geschichte Oberschlesiens, eine Episode, die morgen oder übermorgen zu Ende ist und lediglich einen bitteren Nachgeschmack der Unzufriedenheit und in den Herzen die Freude hinterlassen wird, daß alles vorübergegangen ist wie ein schrecklicher Traum."

Hinter den geräuschvollen Feiern der polnischen Behörden und ihres Anhanges klingt hier die Stimme des abgerissenen Volkes, dem man ein Paradies versprach und eine Sklavenkolonie gab, in weher Bitternis hindurch. Es ist die Tragödie eines Volkstums, das vor Gott und der Welt gegen die großpolnischen Hetzer und gegen ihre Helfer die Anklage erhebt, es wie mit einem täuschenden Irrlicht nicht nur in den Sumpf, sondern unter die Räuber geführt zu haben. Würde heute im abgerissenen Ostoberschlesien

eine deutsche Verwaltung arbeiten können, die unter vorsichtiger Schonung der oberschlesischen Eigenheiten Sauberkeit, Schnelligkeit und Ehrlichkeit der Verwaltung herstellt, die auseinander angewiesenen Wirtschaftsgebiete wieder verbindet und der Arbeiterbevölkerung den sozialen Aufstieg sichert — der ganze Anhang des „Großpolentums“ wäre in kürzester Zeit auf einen lächerlichen Bestandteil zusammengeschmolzen.

Darum: Nehmt Polen Ostoberschlesien ab — es verwirtschaftet sinnlos den Arbeitsplatz von Hunderttausenden, es kann ein modernes Industriegebiet nicht führen — es kann es bloß leerstehlen und zum Stillstand bringen.

Niemand vertraut eine hochwertige moderne Maschine einem unausgebildeten, analphabetischen östlichen Bauernburschen an — denn dieser ruiniert die Maschine und klemmt sich außerdem die Finger dabei ab. Beides hat Polen in Ostoberschlesien getan — es hat sich mit dem nicht in seinen agrarischen Wirtschaftsaufbau passenden Industriegebiet überlastet, hat mit plumpen Händen solange an der Maschine herumgefingert, bis sie stillsteht, hat eine brave Bevölkerung mit dem Versprechen wirtschaftlicher Hebung belogen und steht heute vor einem Trümmerhaufen.

Westoberschlesien in der deutschen Hand durch die Zerreißung des Wirtschaftsgebietes gelähmt, Ostoberschlesien in polnischer Hand, durch die gleiche Zerreißung geschwächt, durch die Verkoppelung mit dem ganz andersartigen polnischen Wirtschaftsgebiet künstlich seiner wirtschaftlichen Aufgaben beraubt, und dazu gewissenlos durch die galizischen Glücksjäger ausgestohlen — links und rechts unvorstellbares Elend: das ist die wirtschaftliche Bilanz der Teilung Oberschlesiens, das durch 700 Jahre im Rahmen Preußens und Deutschlands einen bewundernswerten wirtschaftlichen Aufstieg erlebt hat!

Gewiß — die großpolnischen Glücksjäger und Diebe werden Ostoberschlesien nicht kampflos fahren lassen — wenn aber heute die arme, betrogene Bevölkerung in Kattowitz, in Rybnik, im ganzen ruinierten Kohlengebiet gezwungen ist, sich „Elendsschächte“ zu graben, wo die arbeitslosen Bergleute sich selbst die Kohlen aus der Erde graben, um sie zur Stillung des Hungers zu verkaufen, wenn

sie dabei vom polnischen Militär niedergeschossen werden, wenn ihnen so ein grenzenloses Elend lebenslang, „ohne Aussicht, in ihrer Industrie wieder Beschäftigung zu finden“, von Herrn Korfanty, der sie so schamlos belog, höhnisch prophezeit wird, wenn sie heute nach einem „Erlöser“, der den Augiasstall „reinigt“, rufen, dann wollen wir ihnen den Erlöser aus dem Jammertal Polnisch-Oberschlesien zeigen:

Dieser Erlöser wird sein: der deutsche Feldwebel, der die Diebsbande heim nach Galizien jagt, der deutsche Gendarm, der die öffentlichen Diebe einsperrt, der deutsche Beamte, der nicht intrigiert und stiehlt, sondern arbeitet, der deutsche Staat mit seinen sozialen Schutzgesetzen, das Dritte Reich Adolf Hitlers, das jedem, der sich zu ihm bekennt, Arbeit und Brot gibt, und das gerade auch des armen, betrogenen, ruinierten Oberschlesiens, um das so viel Blut deutscher Jugend geflossen ist, und auf das wir niemals verzichten werden, sich annehmen wird.

Dann erst wird es sich zeigen, daß der ganze großpolnische Spuk in Oberschlesien wie ein Nachtmahr verschwunden sein wird, wenn die deutsche Morgenröte auch in die graue Hoffnungslosigkeit der deutschen und der von ihrem Scheinpolentum kurierten Bevölkerung hineinleuchtet.

Die Schuldigen am Elend des Landes, die das Land den galizischen Dieben auslieferten, die gewissenlos, um sich zu bereichern, Oberschlesien in Fetzen rissen, werden allerdings dem Volksgericht nicht entgehen.

Wir Deutsche im Reich aber kämpfen in Oberschlesien nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiet für die Rückgewinnung unserer geraubten Anlagen und Werke, sondern wir vertreten gegenüber dem polnischen frühkapitalistischen Ausbeutersystem in Ostoberschlesien zugleich eine zivilisatorische Aufgabe: die Rettung einer armen Bevölkerung und ihre Hebung aus der Nacht der Ausbeutung, der Verelendung, der Korruption und des Alkoholismus, die mit der polnischen Herrschaft unzertrennlich verbunden war und ist, solange Polen eben Polen ist!

Wir fordern darum Ostoberschlesien zurück, weil Polen gezeigt hat, daß es unwürdig und unfähig ist, ein modernes Industrie-

land anständig zu verwalten, das deutsche Arbeit aufgebaut hat. Wir fordern es zurück, weil mit uns das Licht der menschlichen Bildung in das Elendsland unter dem Knüppel einzieht, weil wir die Kulturschande eines modernen Aschantitums zu beseitigen im Interesse der unglücklichen Bevölkerung verpflichtet sind.

Zusammenfassung

Die deutschen Ansprüche auf Gesamtoberschlesien, einschließlich Österreichisch-Schlesiens und des Hultschiner Landes, sind folgendermaßen zusammenzufassen:

1. In diesem gesamten Gebiete sitzt das Germanentum geschichtlich Jahrtausende vor dem Polentum.
2. Der kulturelle Aufschwung im Mittelalter, die neuzeitliche Erschließung des gesamten Gebietes ist deutsche Arbeit.
3. Wirtschaftlich ist das Land nur in Verbindung mit dem deutschen Wirtschaftsgebiete lebensfähig.
4. Die Bevölkerung will zu Deutschland — in Ostoberschlesien durch die Kundgebung der Gemeinderatswahlen vom 14. November 1926. In den Dörfern Sandau und Haatsch auf Grund der Probeabstimmung. Sie wird gehindert an der Kundgabe ihres Willens zur Wiedervereinigung mit Deutschland: in Österreichisch-Schlesien und im übrigen Hultschiner Ländchen.
5. Für Ostoberschlesien besonders: die Teilung widerspricht den Ergebnissen der Volksabstimmung vom 20. März 1921.
6. Für Hultschin und Österreichisch-Schlesien: das Ausnahmeregiment widerspricht dem Selbstbestimmungsrecht der Völker. Für das ganze Gebiet: die polnische sowie die tschechische Unterdrückung der deutschen Minderheit widerspricht dem Selbstbestimmungsrecht und macht die Entfernung der Terrorstaaten aus diesen Gebieten zur Pflicht jedes Kulturstaates.
7. Für Ostoberschlesien besonders: Die Unfähigkeit Polens, ein modernes Industriegebiet zu verwalten, die Sinnlosigkeit des hochindustriellen ostoberschlesischen Gebietes bei Polen machen

es notwendig, um gänzliche Verelendung dort und im deutschen Teil zu verhindern, die Gebiete unter deutscher Herrschaft wieder zu vereinigen.

Hier im Südosten wird darüber entschieden, ob Deutschland einmal ein wertvolles Industriegebiet zu einer Schmiede des Friedens benutzen kann, oder ob der blutige polnische Imperialismus nach dem Wort des Generals Orlicz-Dreszer die „oberschlesische Waffenschmiede zum nächsten Kampf" einsetzen kann.

Im Kampf um ein deutsches Großoberschlesien besteht noch einmal die Möglichkeit, den eisernen Ring im Osten zu sprengen.

Unsere Toten am Annaberg erwarten, daß die deutsche Jugend auf ihren Lorbeeren nicht einschläft, und daß sie ein wachsames Auge auf die Polenknechte im Inneren hat.

Großoberschlesien muß wieder deutsch werden!

Politik und Wirtschaft

Hitler Adolf, Mein Kampf. Volksausgabe. 2 Bde. in einem Band. Gzl. RM. 7.20. Jeder Band einzeln, brosch. RM. 2.85.

Bangert Otto, Gold oder Blut. Der Weg aus dem Chaos. Kart. RM. 2.70, Leinen RM. 3.60

— **Deutsche Revolution.** Ein Buch vom Kampfe um das Dritte Reich. Kart. RM. 4.—, Leinen RM. 5.40

Bartels Adolf, Professor, Freimaurerei und deutsche Literatur. Kart. RM. 1.80

Beek Gottfried zur, Die Geheimnisse der Weisen von Zion. Geh. RM. —.90

Brombacher Kuno, Die nationalsozialistische Idee. Brosch. RM. —.15

Buch Walter, Ehre und Recht. Geh. RM. —.20

Buchner, Dr. Hans, Die goldene Internationale. Kart. RM. —.50

— **Die sozialkapitalistischen Konsumvereine.** Kart. RM. —.70

— **Warenhauspolitik und Nationalsozialismus.** Kart. RM. —80

— **Grundriß einer nationalsozialist. Volkswirtschaftstheorie.** Kart. RM. —.60

Dorner Joh., Landwirt, Bauernstand u. Nationalsozialismus. Kart. RM. —.80

Fiehler Karl, Nationalsozialistische Gemeindepolitik. Kart. RM. —.80

Friedrich, Karl Martin, Der kesse Orje. Kart. RM. 2.—

Geisow, Dr. Hans, So wurde ich Nationalsozialist. Kart. RM. —.35

Glaubrecht O., Das Volk und seine Treiber. Eine Erzählung. Hbl. RM. 1.—

Goebbels, Dr. Joseph, Das Buch Isidor. Kart. RM. 3.—, Leinen RM. 4.—

— **Knorke. Ein neues Buch Isidor.** Kart. RM. 3.—, Leinen RM. 4.—

— **Kampf um Berlin.** Kart. RM. 4.—, Leinen RM. 5.50

— **Die zweite Revolution.** Kart. RM. —.70

— **Die verfluchten Hakenkreuzler.** Etwas zum Nachdenken. RM. —.20

— **Nazi-Sozi.** Eine Werbebroschüre. Fragen und Antworten. RM. —.20

— **Signal zum Aufbruch.** Eine Rede. RM. —.20

Der Heinesprozeß. Kart. RM. 1.80

Hierl Constantin, Grundlagen einer deutschen Wehrpolitik. Kart. RM. —.50

Hildebrandt Friedrich, Nationalsozialismus und Landarbeiterfrage. Kart. RM. —.50

Himmler Heinrich, Der Reichstag 1930. Kart. RM. —.90

Hitlers Auseinandersetzung mit Brüning. Geh. RM. —.50

Hochstetter Dr., Leihkapital und Goldwährung als Grundlagen der Geldversklavung in Deutschland. Kart. RM. —.60

Horst-Wessel-Marschalbum, Klavierausgabe zum Parteiliederbuch „Mit Hitler". Herausgegeben von Dr. H. Buchner. RM. 2.70

Killinger, Manfred von, Ernstes und Heiteres aus dem Putschleben. Leinen RM. 2.70

Klagges, Dietrich, Kampf dem Marxismus. Geh. RM. —.20

Kofler, Dr. theol. J. A., Katholische Kirche und Judentum. Kart. RM. —.50

Krebs, Hans, Paneuropa oder Mitteleuropa? Kart. RM. —.80

Kundt, Dr. Walther, Deutsche Westwanderung. Eine kolonialpolitische Studie. Kart. RM. 3.—, Leinen RM. 4.50

Liederbuch der N.S.D.A.P. „Mit Hitler". Kart. RM. —.50

Luxenberg Bruno, Landwirtschaft und Börse. Kart. RM. —.60

Maß Konrad, Deutsche Geschichte. Kart. RM. 2.25, Leinen RM. 3.60

— **Kultur- und Wirtschaftsgeschichte.** Kart. RM. 1.50

Meister Anton, Die Presse als Machtmittel Judas. Kart. RM. —.90

Dr. Müller, Beamtentum und Nationalsozialismus. Kart. RM. —.80

Münchmeyer L., Meine Antwort an den C.V. Geh. RM. —.20

— **Marxisten als Mörder am deutschen Volke im Solde des Feindes.** Geh. RM. —.90

Petermann, Das bolschewistische Rußland. Kart. RM. —.80

Reich, Albert, Von deutscher Art und deutscher Tat. Das Buch der Hitlerjugend. Leinen RM. 7.50
Renz, Otto, Der Marxismus. Kart. RM. —.45
Röhm Ernst, Hauptmann a. D., Die Geschichte eines Hochverräters. Leinen RM. 7.20
Rosenberg, A. Das Wesensgefüge des Nationalsozialismus. Kart. RM. 1.—
— **Houston Stewart Chamberlain,** als Verkünder und Begründer einer neuen Zukunft. Geh. RM. 3.20, Leinen RM. 4.50
— **Freimaurerische Weltpolitik** im Lichte der kritischen Forschung. 3. Auflage. Kart. RM. —.80
— **Der Weltverschwörerkongreß zu Basel.** Um die Echtheit der zionistischen Protokolle. Kart. RM. —.45
— **Der Sumpf. Querschnitt durch das Geistesleben unserer Zeit** Kart. RM. 3.—
Dr. Rudolf, Nationalsozialismus und Rasse. Kart. RM. —.70
Schach Eugen, Nationalsozialismus u. Genossenschaftswesen. Kart. RM. —.70
Schmitt, Dr. Walther, Die Klassenkampftheorie und ihre Widerlegung. Kart. RM. 2.25
Schneider Hermann, Unser täglich Brot. Lebensfragen der deutschen Landwirtschaft. Kart. RM. —.90
Schultze-Naumburg, Prof., Dr. h. c., Paul, Kampf um die Kunst. Kart. RM. 1.—
Schwerber Peter, Nationalsozialismus und Technik. Die Geistigkeit der nationalsozialistischen Bewegung. Kart. RM. —.80
Silesius, Wirtschaftschaos oder geordnete Volkswirtschaft. Kart. RM. —.45
Stark, Dr. Johannes, Nationalsozialismus und Katholische Kirche mit einer Antwort auf die Kundgebungen deutscher Bischöfe. Kart. RM. 1.10
— **Zentrumsherrschaft und Jesuitenpolitik.** Kart. RM. 1.—
— **Nationale Erziehung.** Kart. RM. —.80
— **Nationalsozialismus und Lehrerbildung. Eine Denkschrift.** Geh. RM. —.80
Stark Georg, Moderne politische Propaganda. Geh. RM. —.20
Stempfle B. R., „Staatsanwalt! Klage sie an des Klassenkampfes." Kart. RM. —.60
Straßer Gregor, Der letzte Abwehrkampf des Systems. Geh. RM. —.20
Volker Nitz, Unser Grenz- und Auslanddeutschtum. Kart. RM. —.60
Weberstedt Hans, Die politischen Parteien und ihre Sünden. Kart. RM.—.80
Willis, Männer um Mussolini. Mit Bildern faschist. Führer. Kart. RM.—.80
Ziegler, Dr. Hans Severus, Praktische Kulturarbeit im Dritten Reich. Kart. RM. —.60
Zöberlein Hans, Der Glaube an Deutschland. Ein Kriegserleben von Verdun bis zum Umsturz. Leinen RM. 7.20

Schöngeistige Literatur

Anacker Heinrich, Die Trommel. S.A.-Gedichte. Leinen RM. 3.—
Bangert Otto, Erdenweg. Begegnungen und Gesichte. Ein Gedichtband. Kart. RM. 2.25, Leinen RM. 3.—
Dietrich Eckart, Ein Vermächtnis. Herausgegeben und eingeleitet von Alfred Rosenberg. Leinen RM. 5.40
Goebbels, Dr. Joseph, Michael. Ein deutsches Schicksal in Tagebuchblättern. Roman. Leinen RM. 5.85
Klare, Dr. Kurt, Leben. Ges. Skizzen und Erinnerungen. Leinen RM. 4.—
Der unbekannte S.A.-Mann. Ein guter Kamerad der Hitlersoldaten! Das Ehrenbuch der S.A. Leinen RM. 3.—

Der Name „Völkischer Beobachter" ist zu einem Programm für sich geworden. Von einer ganzen Welt von Feinden befehdet und angefallen, unzählige Male verfolgt und verboten, hat unser Zentralorgan Zehn- und abermals Zehntausenden von Kämpfern die geistigen Grunderkenntnisse und Grundlagen vermittelt, die das Wesen unserer heutigen nationalsozialistischen Auffassung ausmachen. Über das ganze deutsche Sprachgebiet in Europa verbreitet, hat unser „Völkischer Beobachter" überall mitgeholfen, Zellen für den deutschen Freiheitskampf zu schaffen, vorhandenen Gruppen aber jene Erkenntnisse zu vermitteln, die für die Einheitlichkeit des Denkens und Handelns unserer Bewegung unerläßlich sind.

Adolf Hitler.

VÖLKISCHER BEOBACHTER

Zentralorgan
der Nationalsozialistischen Deutschen
Arbeiterpartei

Herausgeber
ADOLF HITLER

Deutscher!

Lies auch Du das Blatt, das seit 12 Jahren für die Ehre und Freiheit unseres Volkes kämpft, um die Seele aller Deutschen ringt und in einem heroischen Kampf gegen das Gift der jüdischen Weltpresse steht.

Bestelle das Blatt Adolf Hitlers, die Tageszeitung

VÖLKISCHER BEOBACHTER

Der „Völkische Beobachter" erscheint in 2 Ausgaben:

Reichsausgabe, monatliche Bezugsgebühr RM. 2.60
Bayernausgabe, „ „ „ 2.60

jeweils zuzüglich Bestellgeld.
Einzelnummer 20 Pfennig.

Probenummern kostenlos vom Zentralverlag der N.S.D.A.P.
Frz. Eher Nachf., G.m.b.H., München 2 NO